

# Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

## Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den  
Österreichischen Universitäten

Projekt Institut für Internationale Entwicklung /

Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

## Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,

Margit Franz, Irmi Hanak,

Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,

Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,

Andreas Schedler, Walter Schicho,

Anselm Skuhra, Sandra Zech

## Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),

Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),

Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),

Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),

Oswaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:  
<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

## Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

**Journal für Entwicklungspolitik (JEP)**  
ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Heft 4/2000; XVI. Jg.  
Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-  
Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-  
Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:  
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.  
Abonnementsbezug nur für Österreich:  
Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien  
Redaktionsadresse:  
Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien  
E-mail: [int-entwicklung@univie.ac.at](mailto:int-entwicklung@univie.ac.at)

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,  
D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

## JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVI. Jg., Heft 4, 2000 Austrian Journal of Development Studies

### Eine neue Ordnung der Macht?

Schwerpunktredeurin: Karin Fischer

Editorial	357
<b>Artikel</b>	
Giovanni Arrighi	
Der globale Markt	
Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Anfang und dem Ende des 20. Jahrhunderts	359
Saskia Sassen	
A New Cross-border Field for Public and Private Actors	
De-Nationalized State Agendas and Privatized Norm-Making	393
Peter Wahl	
Aporien internationaler Regulierung der Globalisierung	
Die WTO zwischen Global Governance und Krise	409
<b>Weiterer Artikel</b>	
Kristina Pirker	
„Die Welt ein wenig in Ordnung bringen ...“	
Arbeitskampf und Klassenbewusstsein bei den Arbeitern der städtischen Müllabfuhr von Villahermosa (Tabasco, México)	425
<b>Rezension</b>	
Über Autoren und Autorinnen	443
Über Autoren und Autorinnen	447
Informationen für Autoren und Autorinnen	448

Im vorliegenden Heft wird eine Annäherung an das Thema aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln angeboten. Giovanni Arrighi untersucht in seinem Beitrag die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, die zur Errichtung und zum Niedergang des Weltmarktes am Beginn des Jahrhunderts führten und vergleicht sie mit den gegenwärtigen Funktionsbedingungen des globalen Marktes, wie er unter US-Führung nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde. Besonderes Augenmerk erhält dabei das Wirken und die Stellung der jeweiligen Hegemonialmächte. Wie Braudel zeigte, können sich durch Brüche in der Weltwirtschaft die Zentren verschieben und Zonen, die sich rund um das Zentrum angelagert haben oder von ihm an den Rand gedrängt werden, gruppieren sich neu. Arrighi beschreibt im ersten Teil die dominante Weltmachtstellung Großbritanniens und macht deutlich, dass es gerade zum Zeitpunkt seiner schwindenden industriellen und imperialen Macht seine Dominanz über die weltweiten Prozesse der Kapitalakkumulation halten konnte. In dieser Hinsicht ähnelt die Stellung Großbritanniens möglicherweise jener der USA von heute. Die Frage, ob die kapitalistische Weltwirtschaft bald ein neues Zentrum besitzt und damit vielleicht sogar eine neue politische Ordnung angezeigt ist, wird am Ende des Beitrags aufgeworfen.

Auch Saskia Sassen greift Machtfragen im Globalisierungsprozess auf. Sie widmet sich dabei den neuen Akteuren und Normen, die auf der politischen Bühne des globalen Wirtschaftssystems auftreten und analysiert die sich verändernden staatlichen Strukturen. Die dem Artikel zugrundeliegende These lautet, dass der Staat im Globalisierungsprozess nicht notwendigerweise an Bedeutung verliert, aber seine Institutionen sich verändern: Wichtige staatliche Funktionen, nämlich Recht zu setzen und für seine Durchsetzung zu sorgen, werden zunehmend auch von anderen (privaten) Akteuren und Interessensgruppen wahrgenommen.

Peter Wahl schließlich analysiert am Beispiel der Welthandelsorganisation die gegenwärtigen Formen ökonomischer Regulierung. Die WTO ist nicht zufällig gewählt: Ihre hohe völkerrechtliche Verbindlichkeit hat sie zu einem Paradebeispiel internationaler „Strukturpolitik“ werden lassen. Auch hier sind die Rückwirkungen auf den Handlungsraum der Politik angesprochen. Wahl ortet in den Konflikten zwischen den USA und der EU tiefgehende Interessenskonflikte, die die speziellen ökonomischen, aber auch die machtpolitischen Interessenskonstellationen in der internationalen Arena empfindlich berühren.

Amin, Samir. 1991. *L'épave du chaos. La nouvelle mondialisation capitaliste*. Deutsch: S. Amin. 1992. *Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt*. Hamburg: VSA.

Braudel, Fernand. 1990. *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts*, 3 Bde. München: Kindler.

Hobsbawm, Eric. 1995. *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Hanser.

Ramonet, Ignazio. 1997. *Géopolitique du chaos*. Deutsch: I. Ramonet. 1998. *Die neuen Herren der Welt*. Zürich: Rotpunkt.

Schmieder, Joscha. 1997. „Zeitalter der Globalisierung“. *Kommune*, 15. Jg., Nr. 9 (1997).

Karin Fischer

## Giovanni Arrighi Der globale Markt\*

### Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Anfang und dem Ende des 20. Jahrhunderts

Allgemein wird davon ausgegangen, dass das 20. Jahrhundert eine der revolutionärsten Perioden der Weltgeschichte darstellt, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. In einem wesentlichen Punkt jedoch ähnelt das Ende dieses Jahrhunderts seinem Beginn. Wie damals erscheint die Welt wie ein einziger Markt, in dem die Staaten untereinander intensiv um mobiles Kapital konkurrieren.

In den vergangenen zehn Jahren wurde diese Entwicklung unter dem Begriff „Globalisierung“ zusammengefasst. Gemeint ist damit ein neuer Prozess, der durch weitreichende technologische Fortschritte in der Übertragung, Speicherung und Verarbeitung von Information angetrieben wird. Allerdings weisen Kritiker dieser Auffassung darauf hin, dass die Neuerungen vergangener Zeiten – wie Eisenbahn, Dampfschiff, Automobil, Telegraf, Radio und Telefon – nicht weniger beeindruckend waren als die sogenannte „informationstechnologische Revolution“ heute (Harvey 1995). Sogar die „Virtualisierung wirtschaftlicher Aktivitäten“ ist nicht so neu, wie es auf den ersten Blick scheint. Eine weltumfassende Ökonomie, in der Informationen beinahe in Echtzeit ausgetauscht werden können, entstand nicht erst in den 1970er Jahren, sondern bereits in den 1870er Jahren, als durch die Verlegung von Telegrafenkabeln unter Wasser Finanz- und andere Märkte ebenso verbunden wurden wie es heute über Satellit geschieht, wobei jedoch die Geschwindigkeit und Intensität von Kommunikation und Transport heute weit höher ist als vor hundert Jahren.

Diese Gemeinsamkeiten zwischen dem Ende und dem Beginn des Jahrhunderts dürfen jedoch nicht als ein Zeichen von Kontinuität gewertet werden. Ganz im Gegenteil lässt sich hinter den vordergründigen Gemeinsamkeiten ein grundlegender Transformationsprozess feststellen, der den globalen Markt, wie er noch zu Beginn des Jahrhunderts bestanden hatte, zerstört und ihn auf einem neuen Fundament wieder aufgebaut hat. Dieser globale Prozess „kreativer Zerstörung“ im 20. Jahrhundert vollzog sich in Form unvorhergesehener menschlicher Katastrophen (Kriege, Revolutionen und Konterrevolutionen), die unauslöschliche Spuren im 20. Jahrhundert hinterlassen haben.

\* Die Übersetzung aus der amerikanischen Originalfassung und Überarbeitung besorgten Karin Imhof und Karin Fischer.

Original: „The Global Market.“ In: *Journal of World-Systems Research*, Vol. V, 2 (1999), 217–251. Mit freundlicher Genehmigung des Autors erscheint dieser Beitrag erstmals auf Deutsch.

Die Möglichkeit, dass ein ähnlicher Prozess auch das kommende Jahrhundert kennzeichnen könnte, wurde von einem der berühmtesten zeitgenössischen Finanzmagnaten aufgeworfen. In einem Artikel der *Atlantic Monthly* verglich George Soros (1997) das gegenwärtige Zeitalter des erfolgreichen Laissez-Faire-Kapitalismus mit einer ähnlichen, jedoch mehr als ein Jahrhundert zurückliegenden Ära. Ungeachtet der Herrschaft des Goldstandards und der Dominanz einer imperialen Macht (Großbritannien), die jederzeit bereit war, ihre Schlachtschiffe auch an die entlegensten Orte auszusenden, um das System zu erhalten, brach der globale Markt, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden war, schließlich zusammen. Soros warnt, dass auch ein Zusammenbruch des heutigen globalen Systems deregulierter Märkte wahrscheinlich wird, wenn wir nicht bereit sind, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen. Worin bestanden nun diese Erfahrungen und was kann aus ihnen gelernt werden?

### 1. Der Weltmarkt unter britischer Hegemonie

Wie David Harvey hervorhebt, kann man sich kaum eine bestechendere Beschreibung der heutigen „Globalisierung“ vorstellen als jene, die vor 150 Jahren im Kommunistischen Manifest gegeben wurde (Harvey 1995). Nach Marx und Engels schafft und etabliert die Bourgeoisie, angetrieben von der Notwendigkeit eines kontinuierlich expandierenden Marktes, weltweite Netzwerke. Daraus resultierte, dass sowohl Produktion als auch Konsum einen kosmopolitischen Charakter annahmen. „Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitig Abhängigkeit der Nationen voneinander.“ (Marx, Engels 1946: 27)

In der Realität hatte die Wiederherstellung des Weltmarktes auf industrieller Basis, so wie sie Marx und Engels beschreiben, nur ansatzweise begonnen, als das Kommunistische Manifest erstmals publiziert wurde. 1848 gab es außerhalb Großbritanniens nicht einmal ein Eisenbahnnetz. Während der nächsten 30 Jahre jedoch transformierten Eisenbahn und Dampfschiffe die Welt zu einer einzigen, vernetzten Wirtschaft, wie sie nie zuvor existiert hatte. „Wichtiger aber als bloßes Wissen voneinander war die Tatsache, daß auch die am weitesten auseinanderliegenden Weltgegenden jetzt durch Verkehrs- und Kommunikationsmittel verbunden wurden, die alles bisher Bekannte an Zuverlässigkeit,

Nutzlast für Güter und Menschen und insbesondere an Geschwindigkeit übertrafen: Eisenbahn Dampfschiff, Telegraf“, schrieb Eric Hobsbawm (Hobsbawm 1977: 71).

Mit der Instandsetzung eines solchen Transportsystems expandierte der Welthandel in beispiellosem Ausmaß. So stieg das Volumen des Seehandels zwischen den größten europäischen Staaten von 1840 bis 1870 um mehr als das Vierfache; der Tauschwert der Waren, die zwischen Großbritannien, dem Osmanischen Reich, Lateinamerika, Indien und Australasien gehandelt wurden, versechsfachte sich.

Im Gegensatz zu der scharfsichtigen Vision von Marx und Engels war die Formierung eines solchen Weltmarktes nicht das Ergebnis blinder Marktkräfte, die in einem politischen Vakuum operierten. Vielmehr war er ein Ergebnis unternehmerischer Kräfte, die sich unter der Führung und mit kräftiger Unterstützung des mächtigsten Staates dieser Epoche, Großbritanniens, entfalten konnten. Der globale Markt war somit Ausdruck der britischen Welthegeemonie.

Die Vorherrschaft Großbritanniens basierte auf einer Kombination unterschiedlicher Faktoren, wobei drei als grundlegend für das Verständnis von dem Aufstieg und Verfall des Weltmarktes im 20. Jahrhundert angesehen werden können. Der erste bestand in der englischen Überlegenheit innerhalb des europäischen Machtssystems, der zweite in der führenden Rolle Großbritanniens bei der Liberalisierung des Handels innerhalb der westlichen Welt und der dritte im englischen Einfluss auf die Staatenbildung in der nicht-westlichen Welt.

Nachdem das europäische System souveräner Staaten durch den Westfälischen Frieden (1648) formell festgelegt wurde, wurde die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten durch das Prinzip des Kräftegleichgewichts garantiert. Dieses bestand darin, dass sich die Schwächeren gegen jeden Machtzuwachs der Stärksten zusammenschließen. Bis zum Ende der Napoleonischen Kriege blieb dieser Mechanismus aufgrund ständiger Kriege zwischen wechselnden Parteien intakt. Eine Änderung trat erst ein, als Europa zwischen 1815 und 1914 eine der längsten Friedensperioden durchlebte. „Die Tatsache, dass eben dieser Mechanismus im 19. Jahrhundert eher zu Frieden führte als zum Krieg, ist ein Problem, mit dem sich der Historiker auseinandersetzen muss“, schrieb Karl Polanyi 1957 (Polanyi 1955: 24).

Diese Anomalie kann weitgehend auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass das System souveräner Staaten, das durch den Westfälischen Frieden errichtet wurde, ein durchwegs anarchisches war. Es zeichnete sich durch das Fehlen einer zentralen Herrschaft aus. Jenem System, das nach den Napoleonischen Kriegen entstand, fehlte der anarchische Charakter. Juristisch gesehen wurde zwar die Souveränität der Staaten erneut bestätigt und gestärkt und dehnte sich sogar teilweise auf die neuen unabhängigen Siedlerstaaten in den beiden Amerikas aus. Tatsächlich jedoch veränderte sich der zuvor bestehende Gleichgewichtsmechanismus in ein Instrument informeller englischer Vorherrschaft über das sich ausdehnende System souveräner Staaten.

Wegen seiner Herrschaft über außereuropäische Ressourcen hatte Großbritannien bereits während der Napoleonischen Kriege bedeutenden Einfluss auf

das europäische Kräftegleichgewicht errungen. Nach dem Ende der Kriege gelang es Großbritannien, diesen Einfluss zu konsolidieren. Einerseits konnten die Engländer die absolutistischen Staaten Kontinentaleuropas, die sich in der Heiligen Allianz zusammengeschlossen hatten, davon überzeugen, dass Änderungen innerhalb des Machtgefüges nur durch Abstimmung innerhalb des neu errichteten „Konzerts europäischer Staaten“ vorgenommen werden. Andererseits konnten sie zwei bedeutende Gegengewichte zur Heiligen Allianz schaffen: Die Engländer setzten in Europa durch, dass das besiegte Frankreich zwar in die Allianz aufgenommen, jedoch dadurch kontrolliert wurde, indem man es auf eine Stufe mit anderen zweitrangigen Mächten stellte, deren Souveränität ebenfalls durch die Allianz garantiert wurde. In den beiden Amerikas widersetzten sich die Engländer dem Vorhaben der Heiligen Allianz, die koloniale Ordnung wiederherzustellen, indem sie das Prinzip der Nichteinmischung in Lateinamerika durchsetzten und die USA dazu aufforderten, dieses aktiv zu unterstützen. Die Idee der Nichteinmischung Europas in die amerikanischen Verhältnisse, die sich später in der Monroe-Doktrin wiederfinden sollte, war ursprünglich eine britische.

Durch diese Bestimmungen erzeugte Großbritannien die Vorstellung, dass die Erhaltung und Konsolidierung einer fragmentierten und „gleichgewichtigen“ Machtstruktur in Kontinentaleuropa nicht ausschließlich zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen diene, sondern im Interesse aller war – und zwar sowohl der alten Feinde und ehemaligen Verbündeten, als auch der neuen Staaten Amerikas und der alten Monarchien Europas. Die Engländer verstärkten diese Vorstellung dadurch, dass sie Teile Ost- und Westindiens an die Niederlande und Frankreich abgaben und den westlichen Regierungen und Unternehmen „kollektive Güter“ wie den Schutz des Seehandels und die Überwachung der Ozeane zur Verfügung stellten.

Ein englisch dominierter Friedensprozess schaffte somit vorteilhafte und einzigartige Bedingungen für eine globale Integration. Weil in der vorangegangenen Periode das europäische Kräftegleichgewicht aufgrund der kontinuierlichen Kriege zwischen unterschiedlichen Parteien funktioniert hatte, übten merkantilistische Ansätze wie nationale Eigenständigkeit und koloniale Ausbeutung eine natürliche Anziehung auf die europäischen Staaten aus. Als es jedoch Großbritannien gelang, den europäischen Machtkampf in ein Instrument des Friedens umzuwandeln, wich die Anziehungskraft einer nationalen Eigenständigkeit gegenüber wirtschaftlicher Abhängigkeit und Verflechtung.

Dieser Trend verstärkte sich weiter durch die englische Führungsrolle bei der Liberalisierung des Handels innerhalb der westlichen Welt. Diese Führungsrolle führte zu der unilateralen Öffnung des britischen Binnenmarktes und fand ihren Höhepunkt in der Aufhebung der *Corn Laws* (1848) und der *Navigation Acts* (1849)<sup>1</sup>. Während der nächsten zwanzig Jahre gingen fast ein Drittel der Exporte der übrigen Welt nach Großbritannien – die USA waren mit einem Anteil von fast 25% an den gesamten Importen und Exporten der wichtigste britische Handelspartner, während auf die übrigen europäischen Länder einen weiteren

Anteil von 25% entfiel. Die beträchtlichen und schnell anwachsenden Importe verminderten die englischen Lebenshaltungskosten und stellten gleichzeitig Zahlungsmittel für den Kauf englischer Güter durch die übrigen Länder bereit.

Auf diese Weise wurde eine große und wachsende Anzahl von Staaten in die weltweite Arbeitsteilung „eingefangen“. Das Interesse der einzelnen Staaten, am englisch dominierten Weltmarkt teilzunehmen, verstärkte sich um so mehr, als dieser Markt sich praktisch zur einzigen Quelle für knappe Güter und zum einzigen lukrativen Absatzmarkt entwickelte.

Die politische und wirtschaftliche Dominanz Großbritanniens verstärkten sich gegenseitig. Durch seine Funktion als Werkstatt und zentraler Umschlagplatz der Welt kam es zu stärkerer wirtschaftlicher Interdependenz der westlichen Nationen.

Die gesamte Konstruktion baute jedoch auf der Rolle Großbritanniens als führende Macht in der nicht-westlichen Welt auf. Aufgrund dieser Führungsrolle wurden die Engländer mit jenen Ressourcen versorgt, die sie benötigten, um ihre Kontrolle über das europäische Machtgefüge zu festigen und den Freihandel, trotz dauerhaft defizitärer Handelsbilanz, aufrecht zu erhalten.

Für beide Aspekte ausschlaggebend war die Gründung eines englischen Königreiches in Indien. Indiens ungeheure demographische Ressourcen stützten Großbritanniens globale Macht sowohl in kommerzieller, als auch in militärischer Hinsicht. Was den wirtschaftlichen Bereich betraf, wandelten sich die indischen Arbeiter von Hauptkonkurrenten der europäischen Textilindustrien zu den Hauptproduzenten billiger Lebensmittel und Rohmaterialien für Europa. Militärisch stellte Indien laut Lord Salisbury „eine englische Kaserne in den östlichen Meeren dar, aus der man jederzeit Truppen rekrutieren konnte, ohne dafür bezahlen zu müssen“. Diese Truppen, die ausschließlich von indischen Steuerzahlern finanziert wurden, waren in einer kolonialen Armee nach europäischem Stil organisiert und wurden in einer endlosen Abfolge von Kriegen (nach einer Zählung gab es zwischen 1837 und 1900 72 voneinander unabhängige Feldzüge) eingesetzt, mit denen Großbritannien Asien und Afrika für den westlichen Handel öffnete. Sie waren „die eiserne Faust im Samthandschuh der viktorianischen Expansion (...), die am stärksten zwingende Kraft zur Internationalisierung des industriellen Kapitalismus“ (Washbrook 1990).

Ebenso bedeutend waren die erniedrigenden Abgaben, die Indien für das Privileg, von Großbritannien geknechtet und ausgebeutet zu werden, bezahlen musste und die Kontrolle der *Bank of England* über Indiens Währungsreserven, die Indien zu einem Angelpunkt der weltweiten britischen Vormachtstellung in den Bereichen Finanzen und Handel machte. Das indische Zahlungsbilanzdefizit gegenüber Großbritannien und sein gleichzeitiger Zahlungsbilanzüberschuss gegenüber dem Rest der Welt ermöglichten es Großbritannien, sein eigenes Defizit gegenüber dem Ausland auszugleichen. Ohne dem erzwungenen indischen Beitrag zur Zahlungsbilanz des königlichen Großbritannien wäre es letzterem unmöglich gewesen, „das Einkommen aus englischen Überseeinvestitionen für weitere Auslandsinvestitionen zu verwenden und gleichzeitig dem

internationalen Währungssystem jenes Kapital rückzuerstatten, das England in Form von Investitionsgewinnen aufgesaugt hatte“. Darüber hinaus waren die indischen Währungsreserven „Teil eines taktischen Feldzuges der englischen Geldbehörden, der dem Auffüllen der eigenen Reserven und damit der Erhaltung Londons als Zentrum des internationalen Geldsystems diente“ (de Cecco 1984).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der globale Markt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand, und zwar einerseits aufgrund der Ausdehnung der industriellen Revolution durch Ferntransport und weltweite Kommunikation, und andererseits als Ausdruck der einzigartigen und beispiellosen Weltmacht Großbritanniens. Innerhalb der westlichen Welt beruhte diese Vormachtstellung großteils auf Konsens. Dieser Konsens basierte auf der Annahme, dass die britische Dominanz allgemeinen westlichen Interessen diene. In der nicht-westlichen Welt hingegen gründete die britische Vormachtstellung auf Zwang und der Fähigkeit, Ressourcen aus diesen Ländern abzuheben. Die Zerstörung des globalen Marktes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beruhte daher primär auf einer graduellen Erschöpfung dieser beiden Quellen britischer Macht.

## 2. Krise und Belle Époque: Die „edwardinische“ Ära

„Sobald sich die enormen Investitionen in den Bau von Dampfschiffen und Eisenbahnen bezahlt zu machen begannen, wurden ganze Erdteile geöffnet, und eine Lawine aus Getreide begann sich über das unglückliche Europa zu ergießen.“ (Polanyi 1995: 249)

Die Folge war die Große Depression von 1873–96, die mit den Worten David Landes „die stärkste Deflation seit Menschengedenken“ darstellte. Der Verfall der Güterpreise verminderte die Kapitalerträge. Gewinne und Zinsen fielen so tief, dass Ökonomen „die Möglichkeit heraufbeschworen, das im Überfluss vorhandene Kapital wäre ein freies Gut“. Erst am Ende des Jahrhunderts begannen die Preise und damit auch die Gewinne wieder anzusteigen. Mit der verbesserten wirtschaftlichen Lage wich die Hoffungslosigkeit der vorangegangenen Periode einer allgemeinen Euphorie. „Alles schien wieder in Ordnung zu sein – trotz der ‚rasseinden Säbel‘ und mahnenden Hinweise der Marxisten auf das ‚letzte Stadium des Kapitalismus‘. In ganz Westeuropa erinnert man sich an diese Jahre als ‚die guten alten Tage‘ – die edwardinische Ära, la belle époque.“ (Landes 1969)

Die *Belle Époque* dauerte jedoch nicht lange. Die „rasseinden Säbel“ waren kein Zeichen der „letzten Stufe“ des Kapitalismus. Sie zeigten das nahe Ende des globalen Marktes an, wie er unter englischer Vormachtstellung errichtet worden war, oder wie Hobsbawm (1968) anmerkte, „(...) als die wirtschaftliche Sonne der Inflation abermals durch den Nebel brach, schien sie auf eine sehr veränderte Welt“ (Hobsbawm 1970: 130). Insbesondere zwei Veränderungen waren von Bedeutung: Sowohl das industrielle als auch das imperialistische

Fundament der englischen Hegemonialmacht waren irreparabel zerstört. Weder war Großbritannien weiterhin die „Werkstatt der Welt“, noch die einzig aktive Kraft, die nach überseeischen Besitzungen strebte.

Die Ausdehnung von Industrialisierung und Imperialismus waren Antworten auf die Erschütterungen der Großen Depression. Die Zerstörung der europäischen Landwirtschaft schaffte wirkungsvolle Anreize für die Industrialisierung. Sie bot den frei gewordenen Arbeitskräften, Kapital und Unternehmertum alternative Arbeitsformen und Betätigungsfelder. Der Industrialisierungsdruck wiederum belebte die alten merkantilistischen Neigungen zu Protektionismus nach innen (um die neu entstandenen Industrien vor der Konkurrenz am Weltmarkt zu schützen) und zu Imperialismus nach außen (um die politische Kontrolle über den Zugang zu Rohstoffen und die Absatzmärkte für die eigene Produktion wiederherzustellen). „Imperialismus und kaum bewußte Autarkievorbereitungen waren die Linie jener Mächte, die sich in zunehmendem Maße vom einem immer unzuverlässiger werdenden Weltwirtschaftssystem abhängig sahen.“ (Polanyi 1955: 291)

Die Ausbreitung des Industrialismus und des Merkantilismus schmälerte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht die Rolle Großbritanniens als zentrale Clearing-Stelle des globalen Marktes. Im Gegenteil, Großbritannien profitierte gerade zum Zeitpunkt seiner schwindenden industriellen und imperialen Machtstellung am meisten davon, dass es noch immer den zentralen Umschlagplatz für Welthandel und -finanz darstellte.

„Während (Großbritanniens) Industrien erlahmten, florierten seine Finanzgeschäfte, und seine Dienstleistungen durch Schifffahrt, Handel und Vermittlung im Weltzahlungssystem wurden unentbehrlich. Wenn London wirklich jemals der Mittelpunkt der Weltwirtschaft gewesen ist, dann zwischen 1870 und 1913.“ (Hobsbawm 1970: 154)

So unterstrich Halford Mackinder zur Jahrhundertwende in einer Rede vor einer Gruppe Londoner Bankiers, dass die Industrialisierung anderer Länder die Bedeutung einer Clearing-Stelle verstärkte und das Finanzzentrum der Welt „sich immer genau dort befinden wird, wo auch der größte Anteil an Kapitalbesitz vorhanden ist“. Die Engländer „sind notwendigerweise jene Bevölkerung, die Kapital besitzt, und jene, die Kapital besitzen, fördern immer auch den Verstand und die Kräfte anderer Länder“ (zit. nach Huggill 1993).

In dieser Hinsicht ähnelte die Stellung Großbritanniens in der edwardinischen Ära jener früherer Hegemonialmächte des weltweiten Kapitalismus in der Endphase ihrer jeweiligen Führungsperiode. Wie Fernand Braudel in *Les temps du monde* (1979) zitiert, führten alle großen Ausdehnungen von Welthandel und Produktion zu einer Überakkumulation von Kapital, die über das für profitable Investitionen nötige Ausmaß hinausging. Wann immer eine solche Situation auftrat, befanden sich die für diese Expansion verantwortlichen Zentren in einer Position, in der sie zumindest für gewisse Zeit ihre Dominanz über die weltweiten Prozesse von Kapitalakkumulation durch die stärkere Konzentration auf ihre Funktion als Finanzintermediär halten konnten. Das war nicht nur in der edward-

dinischen Ära der Fall, sondern bereits im 18. Jahrhundert in Holland und in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts bei der kapitalistischen Diaspora Genuas. Und genau so verhält es sich, wie noch zu sehen ist, mit den USA in der *Belle Époque* der Reagan-Ära.

Als Wurzel dieser Erfahrungen lässt sich eine zweifache Tendenz feststellen, die durch die Überakkumulation von Kapital erzeugt wurde. Einerseits reagieren kapitalistische Organisationen und Individuen auf eine Anhäufung von Kapital, die über jenes Ausmaß hinausgeht, das in bereits bestehende Handels- und Produktionskanäle investiert werden kann, indem sie einen wachsenden Anteil ihrer Einnahmen in liquider Form halten. Diese Tendenz erzeugt überschüssige Liquidität, die dann direkt oder über (Finanz-)Intermediäre für Spekulation oder Kreditvergabe verwendet werden kann. Andererseits reagieren territoriale Organisationen auf die Budgeteinschränkungen, die aus der langsameren Ausdehnung von Handel und Produktion resultieren, indem sie intensiver um jenes Kapital, das sich auf den Finanzmärkten anhäuft, konkurrieren. Diese Neigung führt zu einer verstärkten systemweiten Umverteilung von Einkommen und Reichtum von den verschiedenen Gesellschaften hin zu jenen Akteuren, die das mobile Kapital kontrollieren. Dadurch erhält bzw. steigert sich die Gewinnträchtigkeit von Finanzgeschäften, denen weder Güterhandel noch Produktion zugrunde liegen (Arrighi 1994).

Die organisierenden Zentren der weltwirtschaftlichen Expansion, die sich nun dem Ende nähert, sind in Bezug auf die Vorteile dieser zweifachen Tendenz auf einzigartige Weise gut positioniert. Die Zentrumsposition in den globalen Handelsnetzwerken läßt sich leicht dazu verwenden, einen privilegierten Zugang zu dem globalen Angebot an überschüssigem Kapital zu erhalten. Von diesem Privileg profitieren die immer noch dominanten Zentren – ungehindert von dem sich verstärkenden Wettbewerb um mobiles Kapital, der die Staaten gegeneinander aufbringt. Ein Mechanismus dieser Art ermöglichte es Großbritannien, oder zumindest dessen kapitalistischen Klassen, auch noch zu einem Zeitpunkt von den Aktivitäten anderer Länder zu profitieren, als die auf England konzentrierte Expansion des Welthandels im 19. Jahrhundert bereits abflaute. Die Möglichkeit Großbritanniens, sich auf diese Art und Weise zu bereichern, war jedoch ebenso begrenzt, wie es die seiner Vorgänger Holland und Genua gewesen war. Wie Braudel unterstreicht, ist die wiederkehrende Dominanz des Finanzkapitals „ein Anzeichen des anbrechenden Herbstes“: Die Anführer der vorangegangenen Expansion des Welthandels können aufgrund ihrer Dominanz über die weltweiten Prozesse von Kapitalakkumulation die Früchte ihrer Vorherrschaft ernten. Gleichzeitig ist es aber auch der Moment, in dem ihre dominante Stellung unwiderrufbar geschwächt wird.

Im Fall Großbritanniens blieb zwar die kommerzielle und finanzielle Vormachtstellung aufgrund der Ausdehnung der englischen Industrie mehr oder weniger erhalten, das geopolitische Fundament dieser Vorherrschaft bröckelte jedoch. Besonders die deutsche Industrialisierung „sticht als die bedeutendste Entwicklung in dem halben Jahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg heraus. Sie

ist sogar noch bedeutsamer als das vergleichbare Wachstum der USA, aus dem einfachen Grund, weil Deutschland mit dem europäischen Machtnetzwerk eng verwoben war und das Schicksal der Welt damals in europäischer Hand lag“ (Landes 1969; Kennedy 1987).

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die allgemeine Ausbreitung der Industrialisierung und insbesondere die Industrialisierung Deutschlands nicht ausschließlich als Antwort auf die durch die Weltwirtschaftskrise von 1873 bis 1896 bedingten Störungen und Verschiebungen zu sehen. Vielmehr sind diese auch auf die fortschreitende Kriegsproduktion, das, was William McNeill (1982) die „Industrialisierung des Krieges“ nennt, zurückzuführen. Diese industriellen Kapazitäten wurden zur wichtigsten Bestimmungsgröße im Kräftegleichgewicht unter den westlichen Staaten, und zwar bis in die 1970er Jahre.

Eine Veränderung setzte Mitte des 19. Jahrhunderts ein, als die französische Kriegsmarine eine neue Flotte bewaffneter Dampfschiffe hervorbrachte, die die englische Vormachtstellung als Seemacht bedrohte. In der Folge führte jede französische Innovation zu einer englischen Gegenmaßnahme, begleitet von öffentlicher Agitation für einen Ausbau der Seestreitkräfte. Nachdem auch andere Staaten an dem Rüstungswettlauf zwischen den zwei Ländern teilzunehmen begannen und gleichzeitig der Wettbewerb im Handel nationale Rivalitäten anheizte, erreichte die Industrialisierung des Krieges eine Eigendynamik, die weder Großbritannien noch Frankreich, getrennt oder gemeinsam, kontrollieren konnten. Bis 1860 hatte sich eine weltweite Waffenindustrie entwickelt. „Sogar die technisch leistungsfähigen staatlichen Waffenfabriken, wie die französischen, englischen oder preußischen, sahen sich der permanenten Konkurrenz durch private Hersteller ausgesetzt, die nicht müde wurden, die Überlegenheit ihrer Produkte über die staatlich produzierten Waffen hervorzuheben.“ (McNeill 1982)

Während die Dampfschiffahrt den Handlungsspielraum der Marine erhöhte, reduzierte sie analog dazu jenen der Streitkräfte an Land. Die Bodentruppen konnten ihren Machtverlust nur durch Verbesserungen des Transportsystems und durch die Steigerung des Industrialisierungsgrades in diesem Bereich wettmachen. Somit kann der Bau eines effizienten nationalen Eisenbahnsystems als ein grundlegender Aspekt der kriegs- und staatenbildenden Aktivitäten gesehen werden, und zwar nicht nur in Rußland, sondern auch in Mittel- und Südeuropa, besonders in Preußen/Deutschland und Piemont/Italien. Die Rückkoppelungseffekte des europäischen Eisenbahnbaus wiederum wurden zu dem bedeutendsten Faktor, den Industrialisierungsvorsprung Großbritanniens gegenüber den kontinentalen europäischen Staaten zu verringern.

In mehrfacher Hinsicht revolutionierte die Ausbreitung der Industrie die strategische Geographie. Sie zerstörte gleichzeitig die Herrschaft Großbritanniens über das europäische Kräftegleichgewicht und die englische Vormachtstellung über die Weltmeere. Die Unsicherheit und wachsende Militarisation sowie der Chauvinismus des edwardinischen Großbritanniens entstanden, „da die Welt plötzlich aus Industriemächten zu bestehen schien, deren städtische Zentren in

Bezug auf Ressourcen, Arbeitskräfte und industrielle Produktion mehr Potential aufzuweisen hatten als Großbritannien eigene“ (Gamble 1985). Die schnelle Industrialisierung Deutschlands war für Großbritannien besonders demütigend. Sie schaffte die Grundlagen für den Aufstieg einer Landmacht in Europa, die in der Lage war, eine kontinentale Vormachtstellung anzustreben und die Seeherrschaft Großbritannien herauszufordern. Nach 1902 zwang der Wettlauf beider Länder um die bessere Flotte Großbritannien dazu, seine Marine in den heimischen Nordseegewässern zu konzentrieren. Dies schwächte Großbritannien entscheidend, sein weltumfassendes Reich zu kontrollieren. Dieser Verschiebung innerhalb des europäischen und globalen Machtgleichgewichts „lag die schrittweise Neuformierung von Kräften zugrunde, die in der Tripel Entente und Tripel Allianz gipfelte. Dieser Prozess nährte sowohl die englisch-deutsche Feindschaft auf politischem und militärischem Gebiet, als auch die Ängste Frankreichs vor ihrem Feind östlich des Rheins. Er machte den Krieg wahrscheinlich und trug zur Formierung der gegnerischen Lager bei“ (Landes 1969).

### 3. Der Niedergang des englisch-zentrierten Weltmarktes

Der plötzliche Anstieg der Staatsausgaben, der dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges voraus ging, stärkte die in Großbritannien konzentrierte finanzielle Expansion weiter. Als der Krieg schließlich ausbrach, zerstörten jedoch die gigantischen Kriegskosten in nur wenigen Jahren das Fundament der englischen Vormachtstellung. Während des Krieges erfüllte England weiterhin seine Funktion als Bankier und Kreditnehmer am globalen Kreditmarkt, nicht nur zu seinen eigenen Gunsten, sondern auch um Kredite an Rußland, Italien und Frankreich vergeben zu können. So schien es zunächst, als wiederhole sich erneut die Situation des 18. Jahrhunderts, als England im Krieg gegen Frankreich die Rolle des „Bankiers der Koalition“ übernahm. Dennoch bestand ein gravierender Unterschied, nämlich das riesige Handelsbilanzdefizit gegenüber den USA, die Milliarden von Dollar in Munition und Nahrungsmitteln an die Alliierten lieferten, jedoch selbst nur wenige Güter nachfragten. „Weder der Transfer von Gold, noch der englische Verkauf von in Dollar nominierten Wertpapieren konnten diese Lücke schließen. Lediglich die Aufnahme von Dollarkrediten an den Geldmärkten in New York und Chicago, um die amerikanischen Munitionshändler in Dollar bezahlen zu können, half in dieser Situation.“ (Kennedy 1987)

Als sich Großbritannien eigene Kredite erschöpften, drehten die USA die Situation um, indem sie mit ihrem ganzen ökonomischen und militärischen Gewicht in den Konflikt eintraten und das Gleichgewicht zugunsten ihres Schuldners wendeten. Die Herrschaft über das europäische Machtgleichgewicht lag damit nicht mehr bei Großbritannien, sondern bei den USA. Die Insellage konnte der englische Kanal nicht mehr gewährleisten, der Atlantik sehr wohl. Noch wichtiger war jedoch die Tatsache, dass die Innovationen im Bereich Transport

und Kommunikation die räumliche Barrieren zu überwinden halfen. Damit wurde der militärische und wirtschaftliche Nachteil, der Amerika aufgrund seiner Abgeschiedenheit erwuchs, geringer. „Man kann davon ausgehen, dass mit dem Aufstieg des Pazifik zu einer rivalisierenden Wirtschaftszone für den Atlantik auch die Position der USA als kontinentale Insel mit ungehindertem Zugang zu beiden Weltmeeren eine zentrale wurde.“ (Goldstein, Rapkin 1991)

Die Idee, diese „kontinentale“ Insel zu einem integrierten landwirtschaftlichen und industriellen Komplex umzuformen, erfreute sich in der US-Politik sehr früh großen Zuspruchs. Die Vorstellung eines „amerikanischen Systems“ kann demnach sowohl mit der *Tariff Speech* Henry Clays 1824 vor dem Repräsentantenhaus als auch mit dem spezifischen „amerikanischen Fabrikssystem“, das sich im Bereich der Waffen- und Maschinenproduktion Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte, in enge Verbindung gebracht werden. „Interne Verbesserungen und der Schutz amerikanischer Interessen, Arbeit, Industrie und Kultur“, schrieb ein Zeitgenosse Clays, „können als die Leitlinien des amerikanischen Systems bezeichnet werden“ (Hounshell 1984).

Ein vollständig integriertes US-kontinentales System konnte jedoch erst verwirklicht werden, nachdem der Bürgerkrieg von 1860 bis 1865 alle politischen Hemmnisse beseitigt hatte, die einem nationalen Wirtschaftsaufbau im Interesse der nördlichen Industrien entgegenstanden. Als Stück für Stück – zumeist englisch finanzierte – Eisenbahnlinien den Kontinent durchzogen, wurden der privilegierte Zugang der USA zu den beiden weltgrößten Ozeanen und eine Vielzahl herausragender Produktionskapazitäten, nicht nur in der Industrie, sondern insbesondere auch in der Landwirtschaft, aufgebaut. Zumindest potentiell war diese gigantische Insel ein viel mächtigerer militärisch-industrieller Komplex, als alle analog dazu entstehenden Einheiten in Europa. Bereits in den 1850er Jahren waren die USA führend in der Massenproduktion von Kleinwaffen, und in den 1860er Jahren demonstrierten sie im Bürgerkrieg, der „das erste ausgereifte Beispiel eines industrialisierten Krieges“ bot, auch praktisch ihre Führungsrolle. Die Entscheidung der US-Regierung, seine militärischen Bestände nach Ende des Bürgerkrieges abzubauen, unterbrach nur für kurze Zeit die Führung der USA im Bereich der industriellen Kriegsproduktion. Aufgrund der deutlichen politischen Linie und der potentiellen militärischen Macht der USA, die sich während und zu Ende des Bürgerkriegs kurz abzeichnete, schreckten die europäischen Mächte vor einem militärischen Abenteuer in der Neuen Welt zurück (McNeill 1982).

Somit hatten sich die USA bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu einer regionalen Macht herausgebildet, die die globale Vorherrschaft Großbritanniens ernsthaft herausforderte. Die Entstehung des nordamerikanischen Giganten unterminierte sogar die englische Vormachtstellung im Finanzbereich. Bereits 1910 kontrollierten die USA 31% der offiziell ausgewiesenen weltweiten Goldreserven, während die *Bank of England* das weltweite Geldsystem mit Goldreserven regulierte, die weniger als 15% der US-Reserven ausmachten. Solange die USA gegenüber Großbritannien stark verschuldet waren – was bis 1914 der

Fall war – änderte dieser Zustand nichts an der bestimmenden Position Londons innerhalb der Hochfinanz, da die von England an die USA vergebenen Kredite eine Forderung nach amerikanischen Goldreserven darstellten und daher von gleichem Wert wie Gold waren. Als jedoch die USA ihre Schulden tilgten, was während des Ersten Weltkrieges der Fall war, indem sie Großbritannien mit einem solchen Ausmaß an Waffen, Maschinen und Nahrungsmitteln versorgten, dass die Engländer ihre Schulden nicht mit den laufenden Einnahmen decken konnten, wurden die englischen Sterling-Reserven, die die verdeckte Stütze des weltweiten englischen Geldsystems darstellten, nicht mehr durch die Währungsreserven der USA gestützt.

Dass Großbritannien seine US-Anlagen während des Krieges liquidieren musste, schwächte Londons finanzielle Position dauerhaft und führte dazu, dass die *Bank of England* das weltweite Geldsystem mit nur unzureichend vorhandenen Reserven regulieren musste. Gleichzeitig wurde in den USA Liquidität freigesetzt, die in großem Ausmaß für in- und ausländische Kreditgeschäfte zur Verfügung stand.

Innerhalb einer Dekade zeichnete sich deutlich ab, dass das weltweite Geldsystem mit London als Zentrum der Belastung des Auf und Ab der amerikanischen Kapitalströme nicht gewachsen war. Die USA vergaben zwischen 1924 und 1929 fast doppelt so viel Kapital an das Ausland wie Großbritannien (Kindleberger 1973). Jedoch bedingte schon 1927 der Boom an der Wall Street eine Umschichtung der US-Gelder von ausländischen in inländische Investitionen, was sich „wie eine mächtige Pumpe“ auf die Wirtschaft auswirkte. Amerikanische Kredite an das Ausland fielen von mehr als 1.000 Millionen US-Dollar im Jahr 1927 auf 700 Millionen US-Dollar 1928 und rutschten 1929 sogar in den Negativbereich, als 800 Millionen US-Dollar Schuldendienstzahlungen auf Dollarschulden fällig wurden (Eichengreen, Portes 1990).

Obwohl sich erste Anzeichen eines unvermeidlichen Kollaps des globalen Geldsystems nach dem Einbruch der Wall Street und dem Ansturm auf Banken im Südosten der USA abzeichneten, befand sich das schwächste Glied der internationalen Finanzstruktur nicht in den USA, sondern in Europa. Der Zusammenbruch der Creditanstalt in Österreich im Mai 1931 führte zu einem Ansturm auf die noch größere Donatbank in Deutschland, die ebenso in Konkurs ging. Aufgrund dieser Belastungen begann auch der Londoner Geldmarkt zusammenzuberechnen. Großbritannien gab am 21. September, gefolgt von weiteren 21 Staaten in der ganzen Welt, den Goldstandard auf.

Am Vorabend des Börsenkrachs von 1929 sprach der Wall Street-Banker und frühere Staatssekretär Norman H. Davis eine unheilverkündende Warnung an die US-Regierung aus. Nachdem er aufgezeigt hatte, dass Europas Zahlungsfähigkeit gegenüber den USA vom Abbau der Handelsbarrieren durch die US-Führung abhing, folgte eine vorausahnende Beschreibung dessen, was passieren wird, falls dieser Schritt nicht getan wird. „Die Welt ist im Wirtschaftsbereich derart verflochten, dass von einer Nation gesetzte Maßnahmen auch den Wohlstand der anderen beeinflussen. Keine Nation kann es sich erlauben,

seine Souveränitätsrechte auszuüben, ohne deren Auswirkungen auf andere Nationen mitzubedenken. Nationaler Egoismus fordert Vergeltung auf internationaler Ebene heraus. Die Einheiten innerhalb der Weltwirtschaft müssen daher entweder zusammenarbeiten oder einzeln verfallen.“ (zit. nach Frieden 1987)

Davis Rat stieß auf taube Ohren. Die USA gingen in eine andere Richtung als der Wall Street-Banker vorgeschlagen hatte. Der große Zusammenbruch sollte kommen, als das Repräsentantenhaus im Mai 1929 den *Smoot-Hawley Act* genehmigte<sup>2</sup>. Nach dem Crash im März 1930 billigte auch der Senat den Gesetzesentwurf, worauf er im Juni Gesetz wurde. Die Wirkung dieses Gesetzes auf den Zusammenhalt dessen, was vom englisch zentrierten Weltmarkt noch übriggeblieben war, war zerstörerisch. Die Konferenz, die einberufen wurde, um die Einzelheiten eines Waffenstillstandes im Zollbereich festzusetzen und zu deren Teilnahme die USA sich nicht einmal verpflichtet fühlten, führte zu keiner Lösung. Noch schlimmer war, dass auf das Gesetz eine Flut direkter Vergeltungsmaßnahmen von neun Ländern und noch mehr indirekte folgten. Das englische System imperialer Vorzüge, das durch das Abkommen von Ottawa 1932 zustande kam, war selbst größtenteils von der kanadischen Reaktion auf den *Smoot-Hawley-Zoll* geprägt.

„Der Beschluß des Smoot-Hawley-Gesetzes“, schrieb Sir Arthur Salter 1932, „stellte einen Wendepunkt in der Weltgeschichte dar“ (zit. nach Kindleberger 1973). Polanyi datierte einen solchen Wendepunkt mit 1931, dem Jahr des endgültigen Zerfalls des Goldstandards. Wie auch immer man es betrachtet, es lässt sich feststellen dass beide Ereignisse Aspekte eines einzigen Zusammenbruchs – dem endgültigen Zusammenbruch des Weltmarktes wie er im 19. Jahrhundert bestanden hatte – waren. „In den frühen 30er Jahren kam es zu abrupten Veränderungen. Die Marksteine waren Großbritannien abgehoben vom Goldstandard, die Fünfjahrespläne in Rußland, der Beginn des *New Deal* in den Vereinigten Staaten, die nationalsozialistische Revolution in Deutschland, der Zusammenbruch des Völkerbundes zum Vorteil autarker Imperien. Während am Ende des Weltkrieges noch die Ideale des 19. Jahrhunderts hochgehalten wurden, und ihr Einfluß auch das nachfolgende Jahrzehnt beherrschte, waren um 1940 alle Spuren der internationalen Ordnung verschwunden, und die Staaten fanden sich, mit Ausnahme einiger weniger Enklaven, in einer völlig neuen internationalen Situation wieder.“ (Polanyi, 1995: 45)

#### 4. Die Wiederherstellung des globalen Marktes unter US-Hegemonie

Die internationale Ordnung, die sich nach 1940 abzeichnete, war nicht so neu wie Polanyi behauptet. Die militärische Auseinandersetzung der großen Mächte untereinander ähnelte, abgesehen von ihrer beispiellosen Größe, Brutalität und Destruktivität, jener, die einst zur Etablierung der englischen Hegemonialmacht im frühen 19. Jahrhundert geführt hatte. Auch diese Auseinandersetzung führte

bald zur Etablierung einer neuen Hegemonialmacht und einer neuen von den USA dominierten und von dort aus organisierten Weltordnung.

Als der Zweite Weltkrieg vorbei war, hatten sich bereits die Grundzüge der neuen Ordnung herausgebildet: In Bretton Woods wurde die Gründung eines neuen Finanzsystems festgelegt, in Hiroshima und Nagasaki hatte die Anwendung neuer Gewaltmittel die militärischen Grundlagen des neuen Systems demonstriert, und in San Francisco wurden in der Charta der Vereinten Nationen neue Normen und Regeln für die Rechtmäßigkeit von Staatengründung und Kriegsführung festgelegt.

Als diese neue Weltordnung etabliert wurde, existierte kein globaler Markt im engeren Sinn. Nachdem der in Großbritannien beheimatete Weltmarkt in den frühen 30er Jahren zerfallen war, zog sich, in den Worten Hobsbawms „der Weltkapitalismus in die Höhlen seiner nationalstaatlichen Wirtschaften und der mit ihnen verbundenen Imperien zurück“ (Hobsbawm 1992: 156).

Der Weltmarkt, der sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts unter amerikanischer Hegemonie herausbildete, war zwar wie jener, der in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zerfallen war, auch eine politische Konstruktion, jedoch von grundlegend anderer Struktur. Wie eine Studiengruppe, die in den frühen 1950er Jahren mit der Unterstützung der Woodrow Wilson Stiftung und der National Planning Association gegründet wurde, feststellte, konnten die USA die weltweite wirtschaftliche Verflechtung nicht mit denselben Maßnahmen, die von Großbritannien im 19. Jahrhundert angewandt wurden, vorantreiben. Diese Maßnahmen waren untrennbar verbunden „mit der englischen Abhängigkeit vom Außenhandel, dem durchdringenden Einfluß seiner Handels- und Finanzinstitutionen und der grundlegenden Übereinstimmung zwischen seiner eigenen Wirtschaftspolitik und jener, die für die damalige weltwirtschaftliche Integration notwendig war“. Die USA hingegen waren „nur teilweise in das Weltsystem integriert und standen teilweise in Konkurrenz dazu, wodurch sie periodisch dessen gewohnte Funktionsweise und Geschwindigkeit störten. Es gab noch kein Netzwerk amerikanischer Handels- und Finanzinstitutionen, das das Weltsystem zusammenhalten und die täglichen Aufgaben des Welthandelssystems bewältigen konnte“ (National Planning Association 1955).

Dieser Unterschied bedarf einer langen Erklärung. Zunächst stellt sich die Frage, warum 1930 die Mahnungen von Robert Davis an die US-Regierung, Europa bei der Liberalisierung des Handels anzuführen, auf taube Ohren stießen und weiters, warum sich der globale Markt, der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA geschaffen wurde, so deutlich von jenem Großbritanniens im 19. Jahrhundert unterschied. Norman Davis und andere Sprecher der Wall Street besaßen großen Weitblick indem sie feststellten, dass der Widerwille der Nationen, innerhalb des sich auflösenden Weltmarktes zusammenzuarbeiten, deren eigenen Zerfall bedeuten würde. Trotzdem kann aus dieser Diagnose nicht abgeleitet werden, dass es in der Macht oder im Interesse der USA lag, den endgültigen Niedergang des unter englischer Hegemonie errichteten Weltmarktes rückgängig zu machen.

Der eigentliche Grund dieses Niederganges lag in der wachsenden Abhängigkeit der großen Mächte Europas von einem immer unsicherer werdenden Weltmarkt. Die daraus folgende politische Spannung entlud sich 1914. Der Erste Weltkrieg und der Vertrag von Versaille verringerten zwar oberflächlich die Spannungen, indem die deutsche Konkurrenz ausgeschaltet wurde. Aber die Schwächung des Finanzzentrums innerhalb des Weltmarktes minderte zunehmend auch dessen Vertrauenswürdigkeit. Unter diesen Umständen hätten die USA, auch wenn ihre Führung gewollt hätte, nur wenig tun können, um den endgültigen Zusammenbruch des globalen Marktes zu verhindern. In den 1920er Jahren hatten die USA bereits einen Anteil von 40% an der Weltproduktion, „verfügte jedoch noch nicht, wie London, über „natürliche“ Zentren für die Koordinierung des internationalen wirtschaftlichen Austauschs“. Die USA blieben ein „abgeschiedener Riese, der schwach in die Weltwirtschaft integriert war“. Ihr Finanzsystem „hätte die notwendige Liquidität nicht mittels eines Kredite anbietenden Netzwerkes aus Banken und Märkten herstellen können. London hatte zwar sein Gold verloren, jedoch bildeten seine Märkte immer noch das wichtigste Zentrum globaler Handels- und Finanzströme“ (Ingham 1994).

Gleichzeitig waren die USA durch ihre strukturelle Eigenständigkeit, kontinentale Abgeschlossenheit und Wettbewerbsfähigkeit seiner industriellen Waffenproduktion in der einzigartigen Position, nicht nur sich selbst schützen zu können, sondern noch stärker als vor dem Ersten Weltkrieg von dem Zusammenbruch des in Großbritannien zentrierten Weltmarktes zu profitieren. Obwohl dieser Niedergang ursprünglich noch größere zerstörerische Folgen für die US-Binnenwirtschaft als für die englische Wirtschaft nach sich zog, stärkten ungeachtet dessen die sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen, die als direkte Antwort auf diese Folgen während Roosevelts *New Deal* stattfanden, die Stellung der USA im Zweiten Weltkrieg weiter.

„War die amerikanische Wirtschaft vor dem Krieg eine unter vielen bedeutenden Wirtschaftsmächten, so wurde sie nach dem Krieg zur zentralen Wirtschaftsmacht in einer sich schnell entwickelnden Weltwirtschaft. Das amerikanische Heer war vor dem Krieg bei weltweiten Konflikten nur vereinzelt von Bedeutung, nach dem Krieg terrorisierte sein nukleares Abwehrsystem, unterstützt durch konventionelle Waffen, eine Hälfte der Welt und sorgte in der anderen für Sicherheit.“ (Schurmann 1974)

Während Macht und Reichtum der USA durch den Zweiten Weltkrieg zunahmen, offenbarte sich in dieser Zeit auch deren unsicheres Fundament in einer zunehmend ungeordneten Welt. In den Worten Franz Schurmans waren „Unsicherheit und Angst symbolisch für die in den USA bestimmende Weltsicht zu Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Chaos erzeugte Angst, die sich nur durch Sicherheit bekämpfen ließ.“ Diese Weltsicht hatte sich schon während des Krieges unter Roosevelt entwickelt und beruhte auf derselben Sicherheitsideologie wie der *New Deal*: „Der Kern des *New Deal* bestand in der Vorstellung, dass eine starke Regierung großzügige Ausgaben tätigen muss, um Sicherheit und Fortschritt zu erreichen. Demnach würde die Sicherheit der Nachkriegszeit

großzügige Kapitalaufwendungen der USA benötigen, um das Chaos, das durch den Krieg entstanden war, zu überwinden.“ (Schurman 1974)

In Roosevelts Vision einer Globalisierung des *US-New Deal* sollten die Vereinten Nationen den Kern einer Weltregierung darstellen, welche die USA auf gleiche Art dominieren würde, wie die Demokraten den amerikanischen Kongress. Während der Völkerbund von einer im wesentlichen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Vorstellung internationaler Beziehungen geleitet wurde, wurden die Vereinten Nationen offiziell von den konstitutionellen Grundsätzen der USA bestimmt. „Die Amerikanische Revolution hatte bewiesen, dass Nationen durch die bewussten und geplanten Handlungen von Menschen gebaut werden konnten. (...) Roosevelt besaß die Unverfrorenheit, sich die Ausweitung dieses Prozesses der Staatenbildung auf die ganze Welt vorzustellen und diese Vorstellung auch auszuführen.“ (Schurman 1974)

Das Abkommen von Bretton Woods, das den Wiederaufbau des Weltmarktes unter der Hegemonie der USA begründete, war für dieses Projekt wesentlich. Der *New Deal* beruhte darauf, die Kontrolle über die US-Finanzen von der privaten der öffentlichen Hand zu übertragen. Der globale *New Deal* der Nachkriegszeit basierte auf der gleichen Vorstellung, jedoch auf weltwirtschaftlicher Ebene. Wie Henry Morgenthau zur Zeit des Bretton Woods-Abkommens betonte, war die Unterstützung für die Vereinten Nationen gleichbedeutend mit einer Unterstützung des internationalen Währungsfonds, da sich Sicherheit und Geldinstitute so ergänzten „wie die Klängen einer Schere“ (zit. nach Calleo, Rowland 1973). Tatsächlich lag die eigentliche Bedeutung von Bretton Woods im Zuge der Wiederherstellung des Weltmarktes weder auf der Aufrechterhaltung des Gold-Dollar-Wechselkurses, wie es in dem Abkommen festgehalten worden war, noch auf der Gründung der internationalen Geldinstitute (IMF und Weltbank), sondern darauf, private Regulierung zugunsten einer öffentlichen Regulierung der Hochfinanz zu ersetzen. Dies bedeutete eine grundlegende Abkehr von dem Weltmarkt, wie er unter englischer Hegemonie bestanden hatte (Ingham 1994).

Trotz allem war dieses Ersetzen nicht ausreichend, um jenes Ausmaß an liquiden Mitteln und Ressourcenabfluss aus den USA in die ganze Welt zu erreichen, das notwendig war, um das Chaos, das der Krieg verursacht hatte, zu überwinden. Seit Kriegsende bildeten private Auslandsinvestitionen die einzige Möglichkeit zur weltweiten Umverteilung von Liquidität, die nicht auf den Widerstand des amerikanischen Kongresses stieß. Zahlreiche Anreize wurden geschaffen, um den Fluss von amerikanischem Kapital in das Ausland zu erhöhen. Nichtsdestotrotz zeigte das US-Kapital keine Anzeichen, den Teufelskreis zu durchbrechen, der seine eigene weltweite Expansion verhinderte: Die geringe Liquidität jenseits des Atlantiks (am Kontinent) hielt die dortigen Regierungen davon ab, die Wechselkurskontrollen aufzuheben; die Kontrolle der Wechselkurse wiederum verhinderte den Abfluss von US-Kapital ins Ausland; und die niedrigen privaten US-Auslandsinvestitionen änderten nichts an der geringen Liquidität im Ausland (Block 1977).

Dieser Teufelskreis konnte erst durch die „Erfindung“ des Kalten Krieges durchbrochen werden. Was Kosten-Nutzen-Rechnungen und Appelle an die Staatsräson nicht schaffen, machte die Angst vor einer weltweiten kommunistischen Gefahr möglich. So lange das überschüssige Kapital in den USA und dessen regionalem Hinterland (Kanada und Lateinamerika) konzentriert blieb, eskalierte das Chaos in Eurasien weiter und schuf damit hervorragende Bedingungen für die Übernahme der staatlichen Macht durch revolutionäre Kräfte. Es war das besondere Talent Trumans und seiner Berater, der anderen militärischen Supermacht, der UdSSR, umstürzlerische Neigungen zu unterstellen (McCormick 1989).

Auf diese Weise konnte Truman die von Roosevelt geprägte Vision der „Einen Welt“, die auf der Einbindung der UdSSR in die neue Weltordnung basierte, umwandeln in eine Politik der „Freien Welt“, einer Politik der Eindämmung, die sich gegen die UdSSR richtete. Dennoch, „die Eindämmungspolitik, die der freien Welt diktiert wurde, griff auf Vorstellungen Roosevelts zurück: die strategische Positionierung amerikanischer Militärmacht in der ganzen Welt, ein neues Geldsystem basierend auf dem Dollar, wirtschaftliche Hilfe für die zerstörten Länder und die Schaffung von politischen Beziehungen durch die Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen“ (Schurman 1974).

Gleichzeitig stellte der Aufbau Westeuropas und Japans als Bastionen und Paradebeispiele der globalen Marktwirtschaft, basierend auf und organisiert durch die USA, ein weit konkreteres und erreichbares Ziel dar, als es Roosevelts Idee von der Wiederherstellung der gesamten Welt nach amerikanischem Vorbild war. Der Marshallplan bildete den ersten Schritt zur Erreichung dieses Ziels, obwohl seine Wirksamkeit durch die anhaltende Dollarknappheit während der 40er Jahre beträchtlich eingeschränkt war. Zahlungsbilanzschwierigkeiten, verbunden mit nationalen Eifersüchteleien, verhinderten entscheidende Fortschritte innerhalb der OEEC (Organization for European Economic Cooperation, später OECD) und speziell im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit der europäischen Staaten untereinander.

Die europäische Integration und die weltwirtschaftliche Expansion benötigten weit mehr Liquidität als jene, die der Marshallplan und andere Hilfsprogramme zur Verfügung stellten. Diese umfassende Wiederherstellung kam erst durch die größten Aufrüstungsprogramme, die die Welt in Friedenszeiten jemals erfahren hat, zustande. Deren Architekten, Staatssekretär Acheson und der polizeiliche Planungschef Paul Nitze, waren sich bewusst, dass nur ein solcher Aufwand die Grenzen des Marshallplans überwinden konnte. „Nationale Aufrüstung sollte den Erhalt der Nachfrage sichern, so dass die Wirtschaft nicht länger von der Erwirtschaftung von Exportüberschüssen abhängig ist. Militärhilfe an Europa sollte nach der Beendigung des Marshallplans das Instrument sein, Europa weiterhin zu unterstützen. Die enge Zusammenarbeit und Integration der europäischen und amerikanischen Militärs wurde als Mittel gesehen, um zu verhindern, dass sich Europa als Wirtschaftsregion von den USA abschließt.“ (Block 1977)

Die massive Aufrüstung während des Korea-Krieges löste tatsächlich ein für alle Mal alle weltwirtschaftlichen Liquiditätsprobleme der Nachkriegszeit. Militärhilfe an ausländische Regierungen und direkte amerikanische Militärausgaben in Europa – beide wuchsen zwischen 1950 und 1958 und dann wieder zwischen 1964 und 1973 kontinuierlich an – versorgten Welthandel und -produktion mit jener Liquidität, die sie zum Wachstum benötigten. Weil die US-Regierung in ihrer Rolle als Welt-Zentralbank überaus freizügig agierte, expandierten der Welthandel und die weltweite Produktion mit beispielloser Geschwindigkeit. Für Thomas McCormick (1989) ist die 23-jährige Periode, die mit dem Korea-Krieg begann und mit der Pariser Vietnamkonferenz Anfang 1973 endete, „die am längsten anhaltende und gewinnträchtigste Periode weltwirtschaftlichen Wachstums in der Geschichte des Kapitalismus“.

Diese Ära wird generell als das „Goldene Zeitalter des Kapitalismus“ bezeichnet (Marglin, Schor 1991; Hobsbawm 1994). Es herrscht wenig Zweifel, dass die Ausweitung des Welthandels und der weltweiten Produktion in den 1950er und 1960er Jahren historisch gesehen einzigartig war – dies trifft allerdings auch auf die Expansion in den 1850er und 1860er Jahren zu, die Hobsbawm (1979) das „Zeitalter des Kapitalismus“ nannte. Welches dieser Zeitalter „goldener“ war, lässt sich nur schwer feststellen, jedoch weisen beide Perioden zwei Gemeinsamkeiten auf: Erstens ging es in beiden um die Wiederherstellung des Weltmarktes durch den jeweils mächtigsten Staat der Welt und zweitens endeten beide in einer Überakkumulationskrise, gefolgt von einer weltweiten finanziellen Expansion.

## 5. Krise und Belle Epoque: Die Ära Reagan

Kaum waren die Industrieanlagen Westeuropas und Japans wiederhergestellt und technologisch und organisatorisch an die amerikanischen Standards angeglichen, wichen die kooperativen Beziehungen zwischen den Hauptzentren der Kapitalakkumulation, auf denen die große Expansion der 1950er und 1960er Jahre aufgebaut hatten einem immer stärkeren Wettbewerb untereinander. In den 1870er Jahren führte eine ähnliche Intensivierung des innerkapitalistischen Wettbewerbs zu drastisch fallenden Preisen – „die am radikalsten einsetzende Inflation seit Menschengedenken“, die bereits zuvor diskutiert wurde. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren hingegen führte die Zunahme der Konkurrenz zu rasch ansteigenden Preisen für Primärgüter – zunächst für Arbeit, was E. H. Phelps-Brown (1975) treffenderweise als „Lohnexplosion“ bezeichnete, und dann für Energie.

Die Reallohne waren in Westeuropa und Nordamerika während der 1950er und 1960er Jahre stetig angestiegen. Während diese jedoch vor 1968 langsamer als die Arbeitsproduktivität (in Westeuropa) oder in gleichem Ausmaß (in den USA) anstiegen, wuchsen der Reallohne zwischen 1968 und 1973 ungleich schneller als die Arbeitsproduktivität. Dies führte zu einer Schrumpfung der

Investitionserträge aus Produktion und Handel. Die Lohnexplosion war noch in vollem Gange, als Ende 1973 ein ebenso mächtiger Aufwärtsdruck auf die Preise einzelner Primärgüter einsetzte, der sich im ersten „Ölschock“ niederschlug. Zwischen 1970 und 1973 führte dieser Aufwärtsdruck bereits zu Verdoppelung des Preises für Rohöl, das von den OECD-Staaten importiert wurde. 1974 stieg dieser Preis nochmals um das Dreifache und verschärfte die Rentabilitätskrise (Armstrong, Glyn 1986; Itoh 1990).

Trotz der unterschiedlichen Erscheinungsweise waren sowohl die Rentabilitätskrise der 1870er Jahre als auch jene der 1970er Jahre Überakkumulationskrisen. Es handelte sich um Krisen, die entstanden aufgrund einer Kapitalakkumulation, die über das Ausmaß hinausging, das profitabel in bereits bestehende Produktions- und Handelskanäle reinvestiert werden konnte. In beiden Fällen reagierten kapitalistische Organisationen auf den kontinuierlichen Druck auf ihre Profite, indem sie einen wachsenden Anteil ihrer Kapitalzuflüsse aus Güterhandel- und Produktion zur Veranlagung, Spekulation und für Kreditgeschäfte am Finanzmarkt verwendeten. Daher machten in den kritischen Jahren 1968 bis 1973 Anlagen am Eurodollar-Markt einen Aufwärtssprung, der ein explosives Wachstum über zwanzig Jahre einleitete. In denselben sechs Jahren wurde das System fixer Wechselkurse, das zwischen den wichtigsten nationalen Währungen und dem US-Dollar und zwischen dem US-Dollar und Gold bestand und während der großen wirtschaftlichen Expansion der 1950er und 1960er Jahre existiert hatte, zugunsten freier Wechselkurse abgeschafft.

Beides waren unterschiedliche, jedoch sich gegenseitig verstärkende Entwicklungen. Auf der einen Seite führte die Anhäufung eines wachsenden Anteils der weltweiten Liquidität in Sparguthaben, die kein Staat kontrollieren konnte, zu verstärktem Druck auf die Regierungen, die Wechselkurse und Zinssraten ihrer Währungen so zu beeinflussen, dass sie liquide Mittel, die sich in exterritorialen Märkten befanden, entweder abwehrten oder anzogen, so dass sie einer Knappheit oder einem Überschuss an Kapital in ihrer Binnenwirtschaft entgegenwirken konnten. Auf der anderen Seite erhöhten die kontinuierlichen Änderungen der Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen und die Unterschiede in den Zinssätzen die Möglichkeiten, dass sich das Kapital in den exterritorialen Geldmärkten durch Währungsspekulation vermehrte. Als Ergebnis dieser sich gegenseitig verstärkenden Entwicklungen überschritt das Volumen der reinen Geldtransaktionen, die auf exterritorialen Märkten durchgeführt wurden, bis Mitte der 1970er Jahre bereits mehrfach das Volumen des Welthandels (Arrighi 1994).

Diese Tendenz zu einem explosiven Wachstum von exterritorialen Geldmärkten, die keine Regierung kontrollieren konnte – und das daraus folgende Wiederaufleben der privaten Hochfinanz – führte dazu, dass multinationale US-Unternehmen sich der Regulierung und Besteuerung in den USA entzogen. Sie „parkten“ ihre Gewinne und überschüssigen Dollarkonten zunehmend in London und anderen europäischen Ländern (de Cecco 1982; Frieden 1987). Diese Entwicklung erhielt durch den Anstieg der Ölpreise zusätzlichen Auftrieb.

Bereits vor 1973 wurden immer höhere Einkommen aus Öl lukriert, die jenes Volumen, das ihre Empfänger sinnvoll oder produktiv investieren hätten können, weit überstiegen.

Der Ölshock Ende 1973 erzeugte nicht nur einen 80 Milliarden Dollar Überschuss an „Petrodollars“, die in den Banken zur Weiterverwertung lagen und die Bedeutung der Finanzmärkte und der ihnen nahestehenden Institutionen erhöhte, sondern auch einen neuen, vielfach ausschlaggebenden, aber generell unberechenbaren Faktor, der die Zahlungsbilanzen der Haushalte und schlussendlich auch der produzierenden Länder beeinflusste (Strange 1986). Die größten Öl-verbrauchenden Länder waren natürlich die großen kapitalistischen Staaten selbst. Ihr Versuch, die Binnenwirtschaft mittels deflationistischer Politik, die darauf ausgerichtet war, einen Handelsüberschuss in ihrer Zahlungsbilanz zu erzielen, oder sich mittels Kreditaufnahme am europäischen Währungsmarkt vor der wachsenden Unsicherheit hinsichtlich der Energieversorgung zu schützen, intensivierte den innerkapitalistischen Wettbewerb weiter und verstärkte die bereits bestehende Expansion der Finanzmärkte.

Die gesamten 1970er Jahre hindurch konnte jedoch die Umleitung von Kapital aus Handel und Produktion in die Finanzmärkte weder die Rentabilität erhöhen, noch die zugrunde liegende Überakkumulationskrise lösen. Wie bereits zur Zeit der Großen Depression 1873 bis 1896 führte das Überangebot an Kapital im Verhältnis zu den vorhandenen profitablen Absatz- und Anlagemöglichkeiten zu einem drastischen Rückgang der Gewinne und Fall der Zinsraten. Dadurch entstand der Eindruck, dass Kapital gleichsam ein freies Gut wäre, das keinen Preis hat. Obwohl die nominellen Zinsraten anstiegen, erfolgte dieser Anstieg nicht in einem Tempo, das mit der steigenden Inflation mithalten konnte. Das führte dazu, dass Mitte der 70er Jahre die realen Zinsraten unter Null fielen (World Bank 1985).

Erst Ende der 1970er Jahre und besonders in den frühen 1980er Jahren änderte sich die Situation drastisch. Plötzlich wurde Kapital zur Mangelware, die realen Zinsraten schossen in die Höhe, die Gewinne am Kapitalmarkt stiegen ins Unermessliche. Wie schon zur edwardinischen Zeit war diese Situation günstig für die besitzenden Klassen – trotz der zunehmend verlangsamten Wachstumsrate der Weltproduktion, einer weiteren Verschlechterung in den Beziehungen der zwei Supermächte und einer neuen Eskalation des Rüstungswettkampfes, den Fred Halliday (1989) den Zweiten Kalten Krieg nannte. Die kapitalistische Euphorie erreichte mit Ende des Zweiten Kalten Krieges einen neuen Höhepunkt, als in den 1980er Jahren die sowjetische Macht in Osteuropa und kurz darauf die UdSSR selbst zusammenbrachen.

Die Ursache für diese magische Wende des kapitalistischen Schicksals kann in einer bedeutungsvollen Umkehr der US-Politik geortet werden. Als der in Bretton Woods festgesetzte Gold-Dollar-Standard zwischen 1968 und 1973 zusammenbrach, büßte die US-Regierung ein großes Ausmaß ihrer Kontrolle über das globale Geldangebot ein. Da jedoch keine greifbare Alternative zum US-Dollar als internationale Reservewährung und Tauschmittel existierte, resul-

tierte die Abkehr vom Gold-Dollar-Wechselkurssystem in der Festsetzung eines reinen Dollarstandards (Cohen 1977). Für ungefähr fünf Jahre – von 1973 bis 1979 – schien die Handlungsfreiheit der US-Regierung, das globale Geldangebot auszudehnen, unbegrenzt: Der Dollarstandard beseitigte jegliche Notwendigkeit, das US-Zahlungsbilanzdefizit zu kontrollieren. Natürlich erzeugte die kontinuierliche Ausdehnung des Eurodollarmarktes eine zusätzliche, weltweit zugängliche Kapitalquelle, die von der US-Regierung nicht kontrolliert wurde, aber von den anderen Regierungen angezapft werden konnte. Die Kreditvergabe am Eurodollarmarkt war an Bedingungen geknüpft, die die allgemeine Begrenzung des Zahlungsbilanzdefizits und eine minimale Anpassung an die Prinzipien des „starken Geldes“ miteinschlossen. Nur die USA befanden sich in einer Position, die es ihr ermöglichte, fast ohne Einschränkung die Ressourcen der restlichen Welt durch das bloße Drucken ihrer eigenen Währung anzuzapfen (Parboni 1981).

Die amerikanischen Weltgeld-Privilegien waren jedoch nicht in einem solchen Ausmaß unbegrenzt, wie es Mitte der 70er Jahre schien. Nur ein Bruchteil der von den amerikanischen Geldbehörden erzeugten Liquidität fand seinen Weg in neue Handels- und Produktionsmöglichkeiten. Der Großteil verwandelte sich in neue Petrodollar und Eurodollar, die sich durch die Mechanismen privater zwischenbanklicher Geldschöpfung vielfach vermehrten, um schließlich am globalen Geldmarkt als Konkurrent der durch die US-Regierung herausgegebenen Dollar wieder aufzutreten.

Schlussendlich profitierten weder die US-Regierung noch die amerikanischen Unternehmen von dem wachsenden Wettbewerb zwischen privatem und öffentlichem Kapital. Auf der einen Seite befreite die Ausdehnung des privaten Dollarangebotes eine immer größer werdende Gruppe von Ländern von den Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die durch den Wettbewerb um weltweite Märkte und Ressourcen entstanden, und verringerten somit die Währungsvorteile und Geldgewinne der USA. Deshalb waren die Banken im Bereich des Eurodollargeschäfts (von denen sich viele in amerikanischer Hand befanden) gezwungen, um Länder zu konkurrieren – obwohl viele dieser Länder lediglich vorgaben, kreditwürdig zu sein. Als Folge davon verringerten sich die Standards, die die Kreditwürdigkeit von Ländern festlegten. Es bestand die Gefahr, dass eine zu starke Intensivierung dieses Wettbewerbs schnell in einem gemeinsamen finanziellen Ruin der US-Regierung und der amerikanischen Unternehmen enden könnte.

1978 wurde die Gefahr eines plötzlichen Verfalls des US-Dollars als Weltgeld (ausgelöst durch einen Zusammenbruch des inneramerikanischen und globalen Kreditsystems oder durch den Aufstieg einer alternativen Reservewährung wie dem ECU) immer wahrscheinlicher. Als am 6. Oktober 1979 der Vorsitzende der US-Zentralbank (FED) Paul Volker begann, Maßnahmen zur Einschränkung des Dollarangebotes durchzusetzen und die Zinsraten auf den internationalen Finanzmärkten hinaufzutreiben, reagierte er damit auf eine Vertrauenskrise des Dollar. Diese äußerte sich darin, dass zum zweiten Mal in einem Jahr Unternehmen, Banken, Zentralbanken und andere Investoren aufgehört hatten, den

Dollar als die universelle Währung anzuerkennen. „Volker erschien es möglich, dass der Dollar zusammenbrechen könnte. Ein Zusammenbruch könnte eine Finanzkrise auslösen und den Druck zur Remonetarisierung von Gold erhöhen, was die USA seit über einer Dekade bekämpft hatten.“ Als wenige Monate später, hervorgerufen durch die Krise im Iran, die „Flucht von arabischem Geld zu Gold“ einsetzte und die sowjetische Invasion in Afghanistan zu einem Anstieg der Goldpreise auf 875 US-Dollar – dem höchsten Stand aller Zeiten – führte, erließ er noch strengere Maßnahmen zur Begrenzung des amerikanischen und des weltweiten Geldangebots (Moffitt 1983).

Dieser Wechsel von einer äußerst nachgiebigen zu einer restriktiven Politik des „starken Geldes“, der sich im letzten Jahr der Carter-Regierung vollzog, markierte den Beginn der unter Reagan vollzogenen Abkehr von der Ideologie und der Praxis des *New Deal*. Der *New Deal* und die ihm folgende Globalisierung unter Roosevelt und Truman hatten darauf beruht, die Kontrolle über die Hochfinanz den Privaten zu entziehen und der öffentlichen Hand zu übertragen. Unter Reagan lebte die private Hochfinanz als Kommandozentrale der globalen Wirtschaft wieder auf. Diese Entwicklung hatte bereits in den 1970er Jahren unter dem Einfluss der Überakkumulationskrise und dem damit verbundenen Zusammenbruch von Bretton Woods begonnen, kam jedoch erst in den 1980er Jahren mit der durch Volker ausgelösten Wende in der amerikanischen Politik zur Reife und zeitigte unter der Regierung Reagan ihre logischen Folgen.

Der Kern dieser Wende bestand in einer Funktionsverschiebung der US-Regierung: Sie wurde von einem Konkurrenten der privaten Hochfinanz, wie sie es während der 1970er Jahre im wesentlichen gewesen war, zu einem ihrer mächtigsten und treuesten Unterstützer. Vulkers deflationistische Umkehr zur Unterstützung des US-Dollars stellte allerdings nur einen Schritt in diese Richtung dar. Ihm folgten ein mächtiger Deregulierungsschub, der darauf abzielte, in den USA genauso günstige Bedingungen für Finanzspekulation zu schaffen, wie sie überall anders in der Finanzwelt herrschten. Schließlich – und dies ist kann wohl als wichtigster Faktor gewertet werden – kam es zur spektakulärsten Ausweitung der Staatsverschuldung in der Weltgeschichte, die den zwischenstaatlichen Wettbewerb um mobiles Kapital massiv eskalieren ließ. Mit Reagans Einzug in das Weiße Haus 1981 betrug das Budgetdefizit 74 Milliarden US-Dollar und die gesamte nationale Verschuldung eine Billion US-Dollar. 1991 hatte sich das Budgetdefizit bereits vervierfacht und belief sich auf mehr als 300 Milliarden pro Jahr; die nationale Verschuldung hatte sich ebenfalls vervierfacht und machte nun fast vier Billionen US-Dollar aus. Folglich betrugen die staatlichen Nettozinsszahlungen 1992 195 Milliarden – das waren 15% des Gesamtbudgets, verglichen mit nur 17 Milliarden und 7% 1973. „Vormals der weltweit führende Gläubiger, hatten die USA nun so viele Kredite in Übersee aufgenommen, das sie als weltweit führender Kreditnehmer bezeichnet werden können – der Schatten Großbritannien 1914–1945.“ (Phillips 1994)

Kevin Phillips Hinweis auf den „Schatten Großbritannien“ wird uns noch beschäftigen. An dieser Stelle wollen wir uns jedoch auf die Frage konzentrieren,

wie durch den kombinierten Effekt aus monetärer Orthodoxie des „starken Geldes“, Deregulierung der Finanz- und anderen Märkte und die Ausweitung der inneramerikanischen Verschuldung die Last der zunehmenden Konkurrenz von der Seite des Kapitals auf die Schultern der Länder in der ganzen Welt verlagert wurde.

Mit der Verschärfung des globalen Wettbewerbs um mobiles Kapital kam es zu einer explosiven Selbstvermehrung von Kapital in den Finanzmärkten. In den 1980er Jahren erhöhte sich der gesamte Wert von Finanzanlagen um einhalb Mal schneller als das Bruttonationalprodukt aller reichen Länder zusammengekommen und das gehandelte Volumen von Währungen, Wertpapieren und Aktien fünf Mal schneller (Sassen 1996). In diesem Zusammenhang gewann die Vorstellung von „Globalisierung“ als einer neuen Bedingung, die sogar den mächtigsten Staaten keine Alternative zur totalen Unterwerfung unter das Diktat der globalen Marktkräfte offen lässt, an Bedeutung. Nach Fred Bergsten hatte „der immense Kapitalfluss bereits beim Treffen der G-7-Staaten 1995 die Funktionäre derart eingeschüchtert, dass sie von jeglichem Versuch, diesen einzubremsen, absahen“. Bezüglich dieser Einschätzung stellt Eric Petersen die Frage, in wie weit diese Kapitalflüsse überhaupt einzubremsen seien und prohezeite die „kommende Hegemonie globaler Märkte“. Mit der Intensivierung des „Wettbewerbs um globales Kapital“ wird die Wirtschaftspolitik, auch jene der größten Staaten inklusive der USA, von exterritorialen Marktkräften (hauptsächlich Unternehmen, aber auch einige Individuen) zunehmend unter Druck gesetzt. Diese Marktkräfte „werden auch die Sicherheits- und Außenpolitik der USA beeinflussen und das zukünftige Ausmaß bestimmen, in dem Washington seine weltweite Führungsrolle aufrechterhalten kann“.

Das Postulat einer allgemeinen Schwächung der Staaten gegenüber den globalen Marktkräften wurde auf mehreren Ebenen angegriffen. Einige Kritiker hoben hervor, dass Staaten aktive Teilnehmer an dem Prozess der Deregulierung national segmentierter und öffentlich regulierter Finanzmärkte waren. Dies trifft auch auf Länder zu, die vorgeblich den neoliberalen Lehren vom Minimalstaat folgen, insbesondere auf Großbritannien unter Margaret Thatcher und die USA unter Ronald Reagan. Die Globalisierung kann aber, auch wenn sie ursprünglich durch staatliche Interventionen entstanden war, eine Eigendynamik entwickeln, die zu verringern seitens der Staaten unmöglich oder aufgrund der dadurch entstehenden hohen Kosten nicht erstrebenswert ist. Keine Übereinstimmung besteht unter den Kritikern bezüglich des Ausmaßes, in dem die Globalisierung, ob umkehrbar oder nicht, die Handlungsmöglichkeiten der Staaten einschränkt (für eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Positionen siehe Cohen 1996).

Einige Autoren interpretieren die Globalisierung sogar als den Ausdruck eines weiteren Machtzuwachses der USA. Tatsächlich werden verschiedene Aspekte des scheinbar globalen Triumphes der Amerikaner, die die finanzielle Expansion der 1980er Jahre begleiteten, allgemein als Anzeichen von Globalisierung aufgefasst. Die am weitesten anerkannten Merkmale von Globalisierung

beziehen sich auf den Bedeutungszuwachs von „Weltregierungsinstitutionen“, die überproportional von den USA und ihren engsten Verbündeten beeinflusst werden, wie der UN-Sicherheitsrat, die NATO, die G-7, der IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (Sassen 1986, Gill 1990, Sklair 1991).

Unsere Auffassung von der Auflösung und dem Wiedererstehen des globalen Marktes im 20. Jahrhundert stimmt mit der Ansicht überein, dass die finanzielle Expansion der 1980er Jahre das Ergebnis staatlicher Handlungen ist (insbesondere der Umkehr der US-Politik 1979–82) und dass diese Expansion tatsächlich einen Machtzuwachs der USA hervorbrachte. Sie geht jedoch auch mit der Vorstellung konform, dass jene Tendenzen, die als die großen Neuerungen des späten 20. Jahrhunderts herausgestrichen werden, bereits bekannt waren. Wie Harvey, Hirst und Thompson, Zevin, Soros und viele andere sehen wir bedeutende Analogien zwischen der derzeitigen amerikanisch-zentrierten und der englisch-zentrierten finanziellen Expansion des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Wir gehen allerdings, Braudel folgend, noch einen Schritt weiter und nehmen an, dass diese Expansionen bereits frühe Vorläufer im 18. und 16. Jahrhundert hatten.

Wie an anderer Stelle ausführlich beschrieben (Arrighi 1994; Arrighi, Silver et al. 1999), können alle finanziellen Expansionen als Momente erfolgreicher Stationen in der Schaffung des globalen Marktes aufgefasst werden. In jedem dieser Momente befanden sich jene staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen, die den Weltmarkt auf neuem Fundament wieder errichtet hatten, in einer derart überlegenen Lage, dass sie die Vorteile des aus der Neubildung des globalen Marktes resultierenden, verstärkten Wettbewerbs nutzen und die daraus erwachsenden Lasten auf andere Länder abwälzen konnten. In dieser Hinsicht haben die USA in den 1980er und 1990er Jahren lediglich die frühen Erfahrungen seiner englischen, holländischen und genuesischen Vorgänger in größerem Ausmaß und in schnellerem Tempo wiederholt. Wobei jedoch die früheren finanzielle Expansionen immer auch Momente darstellten, in denen es zu einem Wechsel auf der Führungsebene des weltweiten Kapitalismus kam – ein Wechsel, der aufgrund der Auflösung des Weltmarktes, wie er unter alter Führung bestand, unausweichlich geworden war.

Besteht die Möglichkeit, dass dies auch auf den heutigen globalen Marktes zutrifft und die USA bald diese Erfahrung machen? Eine Antwort darauf soll versucht werden, indem die heutigen Umstände mit jenen, die zum Zerfall des englisch-zentrierten Weltmarktes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführt haben, verglichen werden.

## 6. Die Zukunft des globalen Marktes

Eine erste Überlegung bezieht sich auf die Geopolitik. Der englisch-zentrierte Weltmarkt war von unten nach oben aufgebaut. Er beruhte auf der englischen Kontrolle des europäischen Machtgleichgewichts und dessen Führungsrolle bei

der Staatenbildung in der nicht-westlichen Welt. Sobald die Ausweitung der Industrie diese beiden Bedingungen unterminierte, begann sich der globale Markt unter dem Einfluss des wieder auflebenden Merkantilismus und der miteinander konkurrierenden Weltmachtpolitiken auszu differenzieren. Er zerfiel schließlich, bedingt durch die Auswirkung eines allgemeinen Krieges zwischen den tatsächlichlichen oder zukünftigen Großmächten.

Im Gegensatz dazu wurde der globale Markt unter US-Hegemonie von oben nach unten wieder errichtet. Es war ein bewusster Akt einer Weltregierung. Er basierte auf der zweifachen Ablösung einer Politik des Machtgleichgewichts und des westlichen Kolonialismus in der nicht-westlichen Welt. Wesentlich für diese bewusste Handlung der Weltregierung war die Gründung supranationaler Organisationen (vor allem der UN und Bretton Woods). Diese dehnten die Souveränitätsrechte auf nicht-westliche Völker aus (und legitimierten dadurch den fortlaufenden Prozess der Entkolonialisierung), delegitimierten jedoch gleichzeitig den Machtgleichgewichtsmechanismus, der vormals die souveräne Gleichheit der Staaten garantierte. Die „soveräne Gleichheit“, die in der Charta der Vereinten Nationen für alle Mitglieder garantiert wird, „sollte ausdrücklich mehr rechtlichen und weniger faktischen Inhalts sein – den großen Supermächten sollten spezielle Rechte und Pflichten entsprechend ihrer Überlegenheit zugesprochen werden“ (Giddens 1987; ebenso Arrighi, Silver et al. 1999).

Diese radikale Umwandlung des modernen Systems souveräner Staaten basierte auf und festigte in weiterer Folge die beispiellose Zentralisierung des globalen militärischen Potentials, das durch die Industrialisierung des Krieges entstanden war. Diese Zentralisierung erhielt durch die Entwicklung nuklearer Waffen während des Zweiten Weltkrieges, dem Start des sowjetischen Sputniks und des US-Raumfahrtprogramms 1961 neuen Auftrieb. Trotz der Versuche von General de Gaulle, mit diesen Entwicklungen mitzuhalten, führten die weltweite militärische Kräftekonzentration zu dem wirksamen „Duopol“ der USA und der UdSSR.

Unter diesem Duopol wurde der Rüstungswettlauf mehr durch ein „Gleichgewicht des Schreckens“ als durch ein Machtgleichgewicht am Laufen gehalten. Wie McNeill bemerkt, „erreichte mit der Entdeckung atomarer Sprengkörper die menschliche Zerstörungskraft neue, selbstmörderische Dimensionen, die alle vorherigen Grenzen um einen unvorstellbaren Grad überschritten“. So unvorstellbar dies auch war, die Grenzen wurden erneut überschritten, als die Installation hunderter Langstreckenraketen in dem Jahrzehnt nach 1957 die USA und die UdSSR befähigten, Städte in beiden Ländern innerhalb weniger Minuten zu zerstören. Die Unterzeichnung eines fünfjährigen Abkommens zur Beschränkung strategischer Waffen (SALT/Strategic Arms Limitation Treaty) 1972 festigte zwar das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den beiden Supermächten. Der Aufrüstungswettlauf wurde allerdings nicht gestoppt, sondern lediglich „auf andere Waffenarten, die in dem Abkommen aus dem Grund nicht genannt worden waren, weil sie zu dem Zeitpunkt noch gar nicht existierten“, verschoben (McNeill 1982).

In der wissenschaftlichen Erforschung neuer Waffensysteme konnte noch stärker als bei der Industrialisierung des Krieges jene Supermacht mit der höheren Befehlsgewalt über globale finanzielle Ressourcen das Schreckensgleichgewicht zu ihren Gunsten wenden, indem sie in Bezug auf ihre Forschungsleistungen auf ein Niveau aufstieg oder aufzustiegen drohte, das sich die andere Supermacht finanziell nicht leisten konnte. Dies taten die USA im Zweiten Kalten Krieg: Sie trieben die UdSSR in den Konkurs und damit die Tendenz zur Zentralisierung der globalen militärischen Kapazitäten bis zur letzten Konsequenz.

Unter diesem Blickwinkel unterscheidet sich die *Belle Epoque* des späten 20. Jahrhunderts radikal von jener der edwardinischen Zeit. Im Verlauf der finanziellen Expansion, die das Jahrhundert eröffnete, schwächte und zerstörte schlussendlich die Vermehrung militärisch-industrieller Komplexe die englische Kontrolle über das europäische Machtgleichgewicht und über die Meere. Im Gegensatz dazu zentralisierten sich die globalen militärischen Kapazitäten im Verlauf der finanziellen Expansion, die das Jahrhundert abschließt, noch stärker in den Händen einer im Niedergang befindlichen hegemonialen Macht. Unter diesen Umständen ist es sehr unwahrscheinlich, dass der amerikanisch-zentrierte globale Markt aufgrund von militärischen Rivalitäten und Kriegen zwischen tatsächlichen und zukünftigen Großmächten zerfallen wird.

Daraus folgt jedoch nicht, dass der globale Markt auf die USA zentriert bleibt, oder dass er sich den Spannungen, die durch die Erweiterung und Vertiefung des zwischenstaatlichen Wettbewerbs um mobiles Kapital erzeugt werden, widersetzen kann. Tatsächlich war es die Zentralisierung der weltweiten militärischen Kapazitäten, welche die USA finanziell schwächte, ähnlich der Schwächung Großbritanniens zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Phillips beiläufige Bemerkung über den „Schatten Großbritanniens 1914–45“ in seiner zuvor zitierten Beschreibung über die Verwandlung der USA zur führenden Schuldnation in der Ära Reagan spielt auf diese Parallelität an. Der Zweite Kalte Krieg führte die UdSSR in den Konkurs und ließ die USA als die alleinige „Supermacht“ zurück, „ohne Aussicht auf irgendeine andere Macht, die sich in der nächsten Zukunft mit ihr messen will“ – wie ein US-Kommentator triumphierte. Allerdings waren die USA mit einem Mangel an finanziellen Ressourcen konfrontiert, welche sie aber zur wirksamen Ausübung ihrer globalen Vormachtstellung brauchten. Wie ein hoher Beamter der US-Außenpolitik oft beklagte, hatten die USA „nicht mehr das Geld, um die Art von Druck auszuüben, der in der nächsten Zeit positive Ergebnisse bringen würde“ (beides zitiert nach Ruggie 1994).

Die verschärften finanziellen Beschränkungen der globalen amerikanischen Macht sowohl in militärischer als auch in politischer Hinsicht standen in engem Zusammenhang mit einer kräftigen Verschiebung in den Zentren der weltweiten Prozesse von Produktion, Handel und Akkumulation von Nordamerika nach Ostasien. Das Ausmaß und die voraussichtliche Dauerhaftigkeit dieser Verschiebung sind Gegenstand vieler Kontroversen. Wie jedoch eine erst kürzlich

von der *Union Bank of Switzerland* (UBS) durchgeführte vergleichende Analyse der wirtschaftlichen Wachstumsraten zeigt, „gibt es nichts Entsprechendes zum (ost)asiatischen Wachstum der letzten drei Dekaden“. Andere Regionen wuchsen während kriegsbedingter Verlagerungen (wie z.B. Nordamerika während des Zweiten Weltkrieges) oder als Folge solcher Verlagerungen (wie z.B. Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieges) ebenso schnell. Aber „die 80% zusätzlichen durchschnittlichen Einkommenswachstum, das mehrere (ost)asiatische Länder während der späten 1960er Jahre aufwiesen, ist einzigartig in den 130 Jahren überlieferter Wirtschaftsgeschichte“. Dieses Wachstum ist um so beachtlicher, als es in einer Zeit allgemeiner Stagnation – oder beinahe Stagnation – in der übrigen Welt stattfand. Es breitete sich „wie eine Welle“ von Japan zu den vier Tigern (Südkorea, Taiwan, Singapur und Hong Kong), von dort nach Malaysia und Thailand, weiter nach Indonesien, China und kürzlich auch nach Vietnam aus (Union Bank of Switzerland 1996).

Der ostasiatische Vormarsch in der weltweiten Hochfinanz war sogar noch spektakulärer. Der japanische Anteil an den gesamten Guthaben der *Fortune* Top 50 Banken der Welt stieg von 18% (1970) auf 48% (1990). Was die Währungsreserven betrifft, stieg der ostasiatische Anteil an dem Vermögen der zehn größten Zentralbanken von 10% 1980 auf 50% 1994. Wenn die USA nicht mehr „das Geld haben, um die Art von Druck auszuüben, der positive Ergebnisse hervorbringt“, so haben die ostasiatischen Staaten, oder zumindest einige von ihnen, alles nötige Kapital, um die Art von Druck zu erzeugen, der alle Staaten der Welt – inklusive die USA – dazu bringt, sich dem Diktat des in immer stärkerem Ausmaß mobilen und volatilen Kapitals zu unterwerfen.

Ein Überangebot an Kapital bringt selbstverständlich auch Probleme mit sich. Das zeigte sich im Zusammenbruch der Tokyoter Börse 1990–92 und der noch zerstörerischen Krise, die 1997 die gesamte asiatische Region überrollte. Trotz der von diesen Krisen angerichteten Zerstörungen sind sie selbst (und auch die anderen Krisen, die Ostasien in den folgenden Jahren treffen werden) nicht mehr als ein Zeichen des Zurschlagens der ostasiatischen Finanzmacht gegenüber den USA, so wie der Schwarze Freitag an der Wall Street 1929 (und die darauf folgende Zerstörung der US-Wirtschaft), ein Zeichen des Zurschlagens der amerikanischen Finanzmacht gegenüber Großbritannien war. Wie Braudel bereits in der Diskussion über die Finanzkrise von 1772/1773 hervorhob, die in London begann, jedoch die kontinuierliche Verschiebung der weltweiten finanziellen Vormachtstellung von Amsterdam nach London widerspiegelt, so sind auch die neu entstehenden Zentren der Weltwirtschaft „der erste Ort, an dem sich die seismischen Bewegungen des Systems offenbaren“. Als weiteres Argument zur Unterstützung dieser These schreibt er, dass die Krise von 1929 bis 1931 in New York begann, jedoch die laufende Verschiebung der weltweiten finanziellen Vormachtstellung von London nach New York wieder spiegelte (Braudel 1979).

Braudel erklärt nicht, warum dies so gewesen sein sollte. Ein großer Teil der Erklärung kann jedoch aus Geoffrey Inghams zuvor zitierten Beobachtungen

geschlossen werden. Er streicht heraus, dass die USA in den 1920er Jahren, trotz der aufsehenerregenden Fortschritte in der Produktion und Kapitalakkumulation, noch nicht die Kapazität entwickelt hatten, um Großbritannien als das organisierende Zentrum der Weltwirtschaft zu ersetzen.

Mutatis mutandis treffen ähnliche Überlegungen auch bei einer Gegenüberstellung Londons und Amsterdams in den 1770er Jahren bzw. Tokyo und anderen ostasiatischen Zentren und New York und Washington in den 1990er Jahren zu. Gerade die Geschwindigkeit, das Ausmaß und das Spektrum an Kapitalakkumulation in den aufsteigenden Zentren kollidiert mit deren begrenzten organisatorischen Fähigkeiten, systemische Bedingungen für eine erweiterte Reproduktion ihrer Expansion zu erzeugen. Unter diesen Umständen tendieren jene Zentren der weltweiten Prozesse von Kapitalakkumulation, welche die höchste Dynamik aufweisen, dazu, sich zu den Epizentren systemischer Instabilität zu entwickeln.

In der Vergangenheit war diese Instabilität ein wesentlicher Aspekt der strukturellen Transformation des Weltkapitalismus, der mehrere Jahrzehnte später in der Schaffung einer neuen Hegemonie und dem Wiederaufbau des Weltmarktes auf neuer Basis resultierte. Noch ist es zu früh um festzustellen, ob die derzeitige Instabilität der Vorbote einer zukünftigen weltweiten Hegemonie und eines in Ostasien zentrierten Weltmarktes ist. Aber was sich auch immer als künftiges Ergebnis einstellt, die derzeitigen finanziellen Turbulenzen mit dem Zentrum Ostasien sollten als Warnung verstanden werden, dass der globale Markt, wie er derzeit besteht, sich rückblickend als ein ebenso zeitlich begrenztes Konstrukt erweisen kann wie der globale Markt des 19. Jahrhunderts.

Soros ist nicht alleine mit seiner Angst, dass dieses Ergebnis nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich ist. Sogar die begeisterten Befürworter zwischenstaatlichen Wettbewerbs innerhalb global integrierter Finanzmärkte haben zu fürchten begonnen, dass die finanzielle Globalisierung sich zu einem „Zug ohne Bremsen, der verheerenden Schaden anrichtet“, entwickeln kann. Sie fürchten „verstärkte Gegenreaktionen“ und vor allem „den Aufstieg einer neuen Klasse populistischer Politiker“, die sich auf die Ängste und die Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung, auch in den reichen Ländern, stützen (Harvey 1995). Eine Gegenreaktion dieser Art war ein typisches Charakteristikum vergangener Finanzexpansionen und ein Zeichen, dass die massive Umverteilung von Einkommen und Reichtum, auf welche sich diese Expansion stützt, entweder dabei ist, ihre Grenzen zu erreichen oder diese vielleicht schon erreicht hat (Arrighi, Silver et al. 1999).

Diese Grenzen sind letztlich sozialer Natur. Der globale *New Deal*, der es den USA ermöglichte, den globalen Markt zu gestalten, besaß einen sozialen und nicht nur einen politischen und wirtschaftlichen Inhalt. Er versprach eine wohlhabende und sichere Existenz für die arbeitenden Klassen der reichen Länder für die nähere Zukunft sowie eine eben solche für die Menschen in den armen Ländern (und damit „Entwicklung“). Dieses doppelte Versprechen, und weniger der pure Antikommunismus, mobilisierte die breite Unterstützung un-

tergeordneter sozialer Schichten auf der ganzen Welt für einen Wiederaufbau des globalen Marktes durch die USA.

In den späten 1960er Jahren wurde offensichtlich, dass die USA große Schwierigkeiten hatten, ihre Versprechungen einzuhalten. Der eigentliche Grund dieser Probleme war eine doppelte Krise, nämlich jene des Weltkapitalismus einerseits und jene der US-Hegemonie der 1970er Jahre andererseits. Wie bereits ausgeführt, wurde diese doppelte Krise erst dadurch gelöst (oder scheinbar gelöst), dass die USA zwischen 1979 und 1982 begannen, auf den globalen Märkten aggressiv um mobiles Kapital zu konkurrieren.

Obwohl diese Änderung in der US-Politik praktisch eine Abkehr von den sozialen Zielen des globalen *New Deal* darstellte, wurde sie wie eine Weiterführung der Anstrengungen seitens der USA zur Erreichung dieser Ziele mit neuen Mitteln dargestellt. Der Erfolg der USA, alle anderen Staaten auf den globalen Finanzmärkten zu übertreffen und ihren großen Rivalen aus der Zeit des Kalten Krieges in den Konkurs zu treiben, verlieh dem Anspruch Glaubwürdigkeit, dass alle Staaten und deren Bürger, die dem von Washington propagierten neoliberalen Glaubensbekenntnis folgen, auch davon profitieren würden. Der immer stärker werdende zwischenstaatliche Wettbewerb um mobiles Kapital konfrontierte jedoch eine wachsende Anzahl und Vielfalt von sozialen Gemeinschaften – insbesondere, aber nicht ausschließlich die Arbeiterklasse – mit massiven Erschütterungen in ihrem gewohnten Lebensweg. Das von Washington vertretene neoliberale Kredo zeigte damit, was es tatsächlich war: Keine Weiterführung des globalen *New Deal* mit neuen Mitteln, sondern eine völlige Umkehr seiner Ziele zu Gunsten der USA und der reichen Schichten der Welt.

Macht sich diese Wahrnehmung breit, wird es für die Staaten, inklusive den USA, zunehmend schwieriger, öffentliche Unterstützung für eine Politik zu finden, deren Lasten von der breiten Masse der Weltbevölkerung getragen werden und deren Vorteile nur von einer Minderheit genützt werden können. Unter diesen Umständen muss die Tendenz zu dem, was Polanyi (1957) den „Selbstschutz der Gesellschaft gegen die Zerstörungen eines sich selbst regulierenden Marktes“ nannte, zwangsläufig noch viel stärker werden als sie bereits ist. Ob die herrschenden Eliten der im Niedergang befindlichen und aufsteigenden Zentren der globalen Wirtschaft die Fähigkeit besitzen, dieser stärkeren Tendenz entgegen zu wirken, um einen erneuten katastrophalen Zusammenbruch des globalen Marktes zu verhindern, bleibt derzeit völlig unklar.

## Abstract

*This article looks at the apparent similarities between the economic, political and social conditions that characterize the beginning and the end of the twentieth century. In both periods the entire world seems to be integrated in a single global market in which states are forced to compete with one another for scarce capital and resources. However, it is argued that these similarities are not to be interpreted as a sign of continuity of the global market. As the global market is*

being defined as the result of entrepreneurial forces acting under the leadership of the world's most powerful state it can be concluded that a change of the global political leadership goes hand in hand with the demise and reconstruction of the global market on a new basis. Therefore the global market must be seen as a temporary construction, which is subject to a constant transformation process. The author ends with a comparison of the different conditions that lead to the destruction of the global market in former periods and rises the question if it is likely that the existing global market too is due to collapse because of the crisis of US-hegemony.

Dieser Artikel geht von der scheinbaren Ähnlichkeit der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen, die sowohl den Beginn, als auch das Ende des 20. Jahrhunderts kennzeichnen, aus. In beiden Perioden scheint sich die Welt zu einem einzigen globalen Markt, in dem die Staaten untereinander intensiv um Kapital und Produktionsmöglichkeiten konkurrieren, zusammenzuschließen zu haben. Die Gemeinsamkeiten zwischen diesen Perioden können jedoch nicht als ein Zeichen von Kontinuität gewertet werden. Nachdem der globale Markt als das Wirken unternehmerischer Kräfte unter der Führung des jeweils mächtigsten Staates der Welt definiert wird, folgt, dass analog zu einem Wechsel auf der weltweiten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führungsebene auch die Zerstörung und der Wiederaufbau des globalen Marktes auf neuem Fundament einher geht. Damit ist der jeweils bestehende globale Markt ein zeitlich begrenztes Konstrukt und durchläuft einen stetigen Transformationsprozess. Der Autor vergleicht die unterschiedlichen Bedingungen, die in den jeweiligen Epochen zum Zerfall des Weltmarktes geführt haben und diskutiert abschließend die Frage, inwieweit auch der heutige Weltmarkt durch die Hegemoniekrise der USA einem baldigen Zerfall ausgesetzt ist.

## Literatur

- Armstrong, P., A. Glyn. 1986. *Accumulation, Profits, State Spending: Data for Advanced Capitalist Countries 1952–1983*. Oxford: Oxford Institute of Economics and Statistics.
- Arrighi, G. 1994. *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Time*. London: Verso.
- Arrighi, G., B. Silver et al. 1999. *Chaos and Governance in the Modern World System*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Block, F. L. 1977. *The Origins of International Economic Disorder: A Study of United States International Monetary Policy from World War II to the Present*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Callego, D. P., B. M. Rowland. 1973. *America and the World Political Economy. Atlantic Dreams and National Realities*. Bloomington and London: Indiana University Press.
- Cohen, B. 1977. *Organizing the World's Money*. New York: Basic Books.
- Cohen, B. 1996. „Phoenix Risen. The Resurrection of Global Finance.“ *World Politics*, 48 (1996), 268–96.
- de Cecco, M. 1982. *Inflation and Structural Change in the Euro-dollar Market, EUJ Working Papers*, 23 (1982). Florence: European University Institute.

- de Cecco, M. 1984. *The International Gold Standard: Money and Empire*. 2<sup>nd</sup> ed., New York: St. Martin's Press.
- Eichengreen, B., R. Portes. 1990. „The Interwar Debt Crisis and its Aftermath.“ *The World Bank Research Observer*, V, 1 (1990), 69–94.
- Frieden, J. 1987. *Banking On the World*. New York: Harper & Row.
- Gamble, A. 1985. *Britain in Decline*. London: Macmillan.
- Giddens, A. 1987. *The Nation-State and Violence*. Berkeley, CA: California University Press.
- Gill, S. 1990. *American Hegemony and the Trilateral Commission*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goldstein, J., D. P. Rapkin. 1991. „After Insularity: Hegemony and the Future of World Order.“ *Futures*, XXIII, 9 (1991), 935–959.
- Halliday, F., 1986. *The Making of the Second Cold War*. London: Verso.
- Harvey, D. 1995. „Globalization in Question.“ *Rethinking Marxism*, VIII, 4 (1995), 1–17.
- Hirst, P., G. Thompson. 1996. *Globalization in Question: The International Economy and the Possibilities of Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Hobsbawn, E. J. 1968. *Industry and Empire: An Economic History of Britain since 1750*. London: Weidenfeld & Nicolson.
- Hobsbawn, E. J. 1970. *Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hobsbawn, E. J. 1979. *The Age of Capital 1848–1875*. New York: New American Library.
- Hobsbawn, E. J. 1977. *Die Blütezeit des Kapitalismus. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848–1875*. München: Kindler.
- Hobsbawn, E. J. 1992. *Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality*. 2<sup>nd</sup> ed. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hobsbawn, E. J. 1996. *Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Hobsbawn, E. J. 1994. *The Age of Extremes: A History of the World, 1914–1991*. New York: Vintage.
- Hounshell, D. A. 1984. *From the American System to Mass Production 1800–1932. The Development of Manufacturing Technology in the United States*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Hugill, P. J. 1993. *World Trade Since 1431: Geography, Technology and Capitalism*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Ingham, G. 1994. *States and Markets in the Production of World Money: Sterling and the Dollar*. In: Corbridge, S., R. Martin, N. Thrift. Eds. *Money, Power and Space*. Oxford: Blackwell.
- Itoh, M. 1990. *The World Economic Crisis and Japanese Capitalism*. New York: St. Martin's Press.
- Kennedy, P. 1987. *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York: Random House.
- Kindleberger, C. P. 1973. *The World In Depression. 1929–1938*. Los Angeles: University of California Press.
- Kindleberger, C. P. 1988. *The International Economic Order*. Wheatshat: Harvester.
- Landes, D. S. 1969. *The Unbound Prometheus: Technological Change and Industrial Development in Western Europe from 1750 to the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Marglin, S. A., J. S. Schor. Eds. 1991. *The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience*. Oxford: Clarendon.
- Marichal, C. 1989. *A Century of Debt Crises in Latin America. From Independence to the Great Depression 1820–1830*. Princeton: Princeton University Press.

- Marx, K., F. Engels. 1946 (1849). *Das Kommunistische Manifest*. Wien: Stern-Verlag.
- McCormick, T. J. 1989. *America's Half Century. United States Foreign Policy in the Cold War*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- McNeill, W. 1982. *The Pursuit of Power: Technology, Armed Force, and Society since A.D. 1000*. Chicago: Chicago University Press.
- National Planning Association. 1955. *The Political Economy of American Foreign Policy. Its Concepts, Strategy and Limits*. Woodrow Wilson Foundation.
- Parboni, R. 1981. *The Dollar and its Rivals*. London: Verso.
- Petersen, E. 1995. „Surrendering to Markets.“ *The Washington Quarterly*, V, 18, 4 (Autum 1995), 103–115.
- Phelps-Brown, E. H. 1975. „A Non-Monetarist View of the Pay Explosion.“ *Three Banks Review*, 105 (1975), 3–24.
- Phillips, K. 1994. *Boiling Point. Republicans, Democrats, and the Decline of Middle-class Prosperity*. New York: Harper Perennial.
- Polanyi, K. 1957. *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press.
- Polanyi, K. 1995. *The Great Transformation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ruggie, J. 1994. „Third Try at World Order? America and Multilateralism after the Cold War.“ *Political Science Quarterly*, 109, 4 (1994), 553–70.
- Sassen, S. 1996. *Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization*. New York: Columbia University Press.
- Schurmann, F. 1974. *The Logic of World Power: An Inquiry into the Origins, Currents and Contradictions of World Politics*. New York: Pantheon.
- Sklair, L. 1991. *Sociology of the Global System*. Baltimore, MD: The Johns Hopkins University Press.
- Soros, G. 1997. „The Capitalist Threat.“ *Atlantic Monthly*, 279, 2 (1997), 45–58.
- Strange, S. 1986. *Casino Capitalism*. Oxford: Basil Blackwell.
- Union Bank of Switzerland. 1996. „The East Asian Economic Miracle.“ *UBS International Finance*, 29 (1996), 1–8.
- Washbrook, D. 1990. „South Asia, the World System, and World Capitalism.“ *The Journal of Asian Studies*, 49, 3 (1990), 479–508.
- World Bank. 1985. *World Development Report*. Washington DC: World Bank.
- Zevin, R. 1992. *Our World Financial Market is More Open? If so, Why and with What Effect?* In: Banuri, T., J. B. Schor. Eds. *Financial Openness and National Autonomy: Opportunity and Constraints*. New York: Oxford University Press.

## Anmerkungen

1 Die *Corn Laws*, Steuern auf eingeführtes Getreide, schotteten den nationalen Getreide-markt bis in die 1830er Jahre effektiv ab. Die seit 1820 aufkommende Freihandelsbewegung zielte v.a. auf deren Abschaffung. Die 1838 gegründete *Anti-Corn Law League*, deren wichtigste Basis Industriekreise darstellten, erwartete von einer Aufhebung der Getreidezölle eine Verringerung der Lohnkosten und eine Ausweitung der ausländischen Nachfrage nach Industriegütern.

Ab der 2. Hälfte der 1840er Jahre wurde der Freihandel bis in die 1930er Jahre zur dominierenden Außenwirtschaftsdoktrin Großbritanniens. Neben Finanzreformen (Senkung des Zinsniveaus und Wiedereinführung der Einkommenssteuer) wurden Prämien für Exporte eingeführt und Handelsbeschränkungen abgeschafft. Die *Corn Laws* wurden 1848 vor dem Hintergrund der hohen Ernteausfälle abgeschafft; 1849 die Privilegien für die nationale Schifffahrt, die sog. *Navigation Acts*, nach denen Waren aus Übersee nach

Großbritannien nur auf englischen Schiffen eingeführt werden durften (Anmerkung der Übers.).

2 Der 1930 eingeführte extrem protektionistische Smoot-Hawley Zolltarif ist Ausdruck einer Verschiebung des Freihandels zu einem ökonomischen Nationalismus. Trotz der dominierenden Position der USA auf dem Weltmarkt und ihrer anhaltenden Exportüberschüsse herrschte die Auffassung, dass der nationale Markt im Grunde unabhängig vom Weltmarkt war. Mit den Zollgesetzen von 1922 und 1930 wurden hohe Zollschränken errichtet und damit den amerikanischen Produzenten in einer Reihe von Gebieten Monopole auf dem heimischen Markt eingeräumt. Nach dem Smoot-Hawley-Gesetz blieb den europäischen Handelspartnern praktisch kein Produkt, das sie auf dem amerikanischen Markt zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten konnten (Anmerkung der Übers.).

Giovanni Arrighi, Department of Sociology, The Johns Hopkins University,  
3400 N. Charles Street, Baltimore, MD 21218, USA  
e-mail: arrighi@jhu.edu